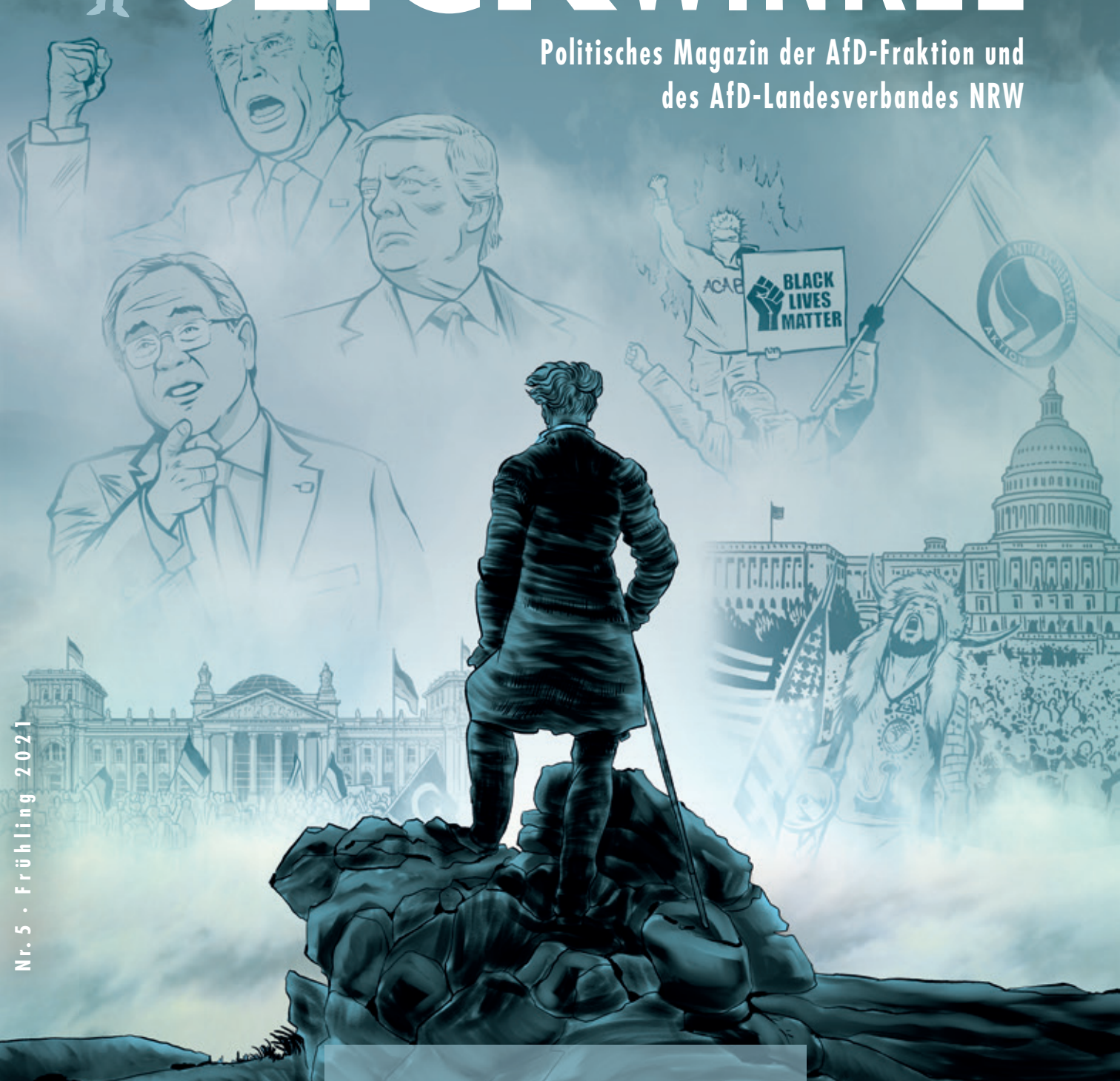


BLICKWINKEL



Politisches Magazin der AfD-Fraktion und
des AfD-Landesverbandes NRW



**Landesverband NRW:
Parlament und Bewegung
Was ist die AfD?**

**Zerfall der
politischen Moral**

**Brückennotstand:
Die tatsächliche Lage
in NRW**

Vielen Dank für Ihr Vertrauen!

Die AfD-Fraktion im LVR dankt allen Wählern für das Vertrauen bei der Kommunalwahl!

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) arbeitet als Kommunalverband mit rund 19.000 Beschäftigten für die etwa 9,7 Millionen Menschen im Rheinland.

Der LVR erfüllt rheinlandweit Aufgaben in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und der Kultur. Er ist der größte Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen in Deutschland und betreibt 41 Schulen, zehn Kliniken, drei Heilpädagogische Netze sowie 20 Museen und Kultureinrichtungen. Die AfD-Fraktion versteht sich im LVR als Anwalt der Bürger und Steuerzahler.

Wir verfolgen eine kosteneinsparende, sachorientierte Politik ohne ideologische Scheuklappen zum Wohle der Bevölkerung.

Sie interessieren sich für unsere Arbeit? Die AfD-Fraktion im LVR nimmt Ihre Anregungen gerne auf. Zudem bieten wir Workshops und Bürgerdialoge in Ihren Städten zu den Bereichen Gesundheit, Jugendhilfe, Soziales und Kultur an.

Bitte kontaktieren Sie dazu unseren Fraktionsgeschäftsführer Thomas Kunze unter thomas.kunze@lvr.de.

Mitglieder der Fraktion

Neben den Ausschüssen sind alle Mitglieder in der Landschaftsversammlung vertreten. Zusätzliche Unterstützung erhalten die Fraktionsmitglieder von zahlreichen sachkundigen Bürgern.



Prof. Dr. Ralf Bommermann



Dr. Hartmut Becker



Thomas Kunze



Yannick Noe



Jens Schmitz



Michael Nietsch



Ralf Dick

Prof. Dr. Ralf Bommermann
AfD-Fraktion im LVR
Kennedy-Ufer 2 Landeshaus
50679 Köln

AfD
Fraktion
im LVR

LVR
Qualität für Menschen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Politik und Moral, das ist so eine Sache.

Das fängt schon bei uns im Landtag an. Da stehen nun diverse Luftreinigungsgeräte in den verwaisten Hallen, während man in vielen Schulen vergeblich darauf wartet. Da werden mir als Abgeordnetem FFP2-Masken versprochen, für die ich trotz meiner laufend von CDU, SPD, FDP und Grünen erhöhten Diäten gar nichts bezahlen soll. Da sehe ich frisch frisierte Abgeordnete (ich will keine Namen nennen), obschon den Frisuren ihr Handwerk verboten und damit ihre Existenz bedroht ist. Da sind die Politikerinnen, die sich für Gesamtschulen aussprechen – nur für das Volk natürlich, während die eigenen Kinder Privatschulen besuchen.

Einerseits rufen die Grünen den Flüchtlingen allüberall zu: „Wir haben genug Platz für alle!“ – womit sie allerdings den Platz derjenigen meinen, die schon beengt wohnen. Andererseits herrscht im Hamburger Norden seit 2020 eine strikte Platzmoral. Die Vorgabe der rot-grünen Koalition lautet: Einfamilienhäuser sind ab sofort verboten! Sie seien zu ineffizient, zu groß, benötigen zu viel Platz, böse.

Wer über so viel Moral verfügt, der hat schließlich genug davon für Doppelmoral. Da möchte Armin Laschet explizit die Grenzen nicht schützen, aber in den Landtag kommen Sie nur mit Ausweis und Durchleuchtung. Da wrackt Frau von der Leyen unsere Bundeswehr ab, wird dafür EU-Chefin und bekommt dort das Impfprogramm nicht geregelt. Dass mal jemand – ganz moralisch sauber – für Fehler zurücktritt, scheint aus der Mode gekommen zu sein. Zurücktreten und exkommuniziert werden soll hingegen, wer mal mit der AfD essen geht oder als Wissenschaftler darauf kommt, dass die Grünen in den Medien und den Parlamenten nicht Recht haben.

Ist all das moralisch richtig? Wer daran zweifelt, ist schnell ein Populist, Extremist oder gleich ein Nazi. Mit diesen Moralkeulen versucht die angeblich so moralisch überlegene politisch-mediale Meinungsmacht ihre Kritiker abzustempeln und zu erledigen. Manche, so denkt man mit George Orwell, sind eben gleicher als andere. Jedenfalls



MARKUS WAGNER, MDL
FRAKTIONSVORSITZENDER

scheinen so einige Kollegen aus den konkurrierenden Fraktionen das von sich zu meinen. Und so a- oder unmoralisch das Ihnen als Leser auch erscheinen mag, auch das hat etwas mit Moral zu tun.

Sie haben das bestimmt schon erlebt, wie mit schwülstigem Pathos nicht mehr argumentiert, sondern moralisiert wird. Da werden Einzelfälle emotionalisiert, um faktische und sachliche Entscheidungsgrundlagen nicht zur Kenntnis nehmen zu müssen (siehe Sarrazin-Debatte). Da wird gecancelt, deplatformed und aus dem Diskurs ausgestoßen, was das Zeug hält. Alles unter dem Banner der Moral – naja: Hypermoral.

Klar, wer sich als Retter vor dem Faschismus oder gar gleich der ganzen Welt vor dem Klimawandel sieht, der glaubt natürlich auch, persönlich besonders moralisch zu sein. Da sind – man folgt ja einem angeblich höheren Zweck – auch undemokratische Mittel auf einmal ganz legitim. Er oder sie hält sich für gut – die anderen, nicht nur die AfD, für absolut böse. Die sachlichen Kategorien falsch oder richtig werden zugunsten einer vor allem gefühlten moralischen Bewertung aufgegeben. Und weil man ja so gut ist und weil man ja täglich gegen das Böse kämpft, ist es auch gar nicht schlimm, wenn man die Luft gereinigt, die Masken umsonst und die Diäten erhöht bekommt. Schöne Moral.

Ihr
Markus Wagner

INHALT

Frühling 2021

Editorial S. 3

THEMEN

Der Traum vom Eigenheim
Immer öfter nur ein Traum S. 6

Automobilindustrie erhalten
Todesstoß der EU verhindern S. 7

Doppelstandards entlarvt –
AfD erfolgreich S. 8–9

Wie viel Demokratie steckt in den
Altparteien wirklich? S. 10–11

150 Jahre deutscher Nationalstaat
Herausragende Leistungen als
Auftrag für die Zukunft S. 12–13

Lebensmittel müssen
bezahlbar bleiben
Wie uns die Altparteien das Essen
teurer machen S. 33

Unsere Lokalradios in NRW
Garanten der Informationsfreiheit? S. 34–35

Brückennotstand
Die tatsächliche Lage in NRW S. 36–37

TITELTHEMA

S. 14–17



Die Landtagsfraktion der AfD Nordrhein-Westfalen besteht aus 13 Abgeordneten, die eine große Bandbreite von Aufgaben und Themen im Bereich der Landespolitik bearbeiten. Wir könnten dies alles ohne unsere Referenten, Unterstützer und den Rückhalt der Partei nicht schaffen.

Deswegen möchten wir uns an dieser Stelle herzlich bei unseren Referenten bedanken, die neben der täglichen parlamentarischen Arbeit an der Fertigstellung der Blickwinkel-Ausgabe grundlegend beteiligt waren. Danke.

LANDESVERBAND NRW

Parlament und Bewegung

Was ist die AfD?

S. 18–21



Landessprecher Rüdiger Lucassen

WER WIR SIND

Das Triple A für die AfD

im Gespräch mit Dr. Martin Vincentz S. 26–29

SCHÖNE ECKE

NRW – Stauseenland

S. 30–32

KURZ NOTIERT

Kurznotizen

unserer Landtagsabgeordneten

S. 38–39

COMIC

Folge 3 der „Ruhmlosen Fünf“

Posten-Roulette

S. 40–41

CORONA KOMPAKT

Schuldenbremse

in die Landesverfassung!

S. 22

Kohle weg, Stahl weg, Kultur weg!

S. 23

Maskenpflicht

S. 24

Einsamkeit

S. 25



Thema Maskenpflicht



NRW – Stauseenland

KURZ INFORMIERT

„Keiner fällt ins Bergfreie“/ Wertschätzung für ehrenamtliche Einsatzkräfte

S. 42

IMPRESSUM

Impressum/ Bild- und Grafiknachweise

S. 42

DER TRAUM VOM EIGENHEIM

Immer öfter nur ein Traum



QUELLE: PICTURE ALLIANCE/MATTHIAS SCHRADER
ORIGINALFOTO BEARBEITET/VERFREMDET

Deutschland ist mit einer Eigentumsquote von 42 % europaweit ziemliches Schlusslicht, gleichwohl ist der Wunsch nach dem Eigenheim weit oben auf den Prioritätenlisten. Entsprechend ergab eine repräsentative Umfrage von Yougov, dass ein Drittel der Befragten beabsichtigen eine Immobilie zu erwerben, unter den Jüngeren (18–54 Jahre) sind es sogar 40 % (Ochs: „Eigentum erwünscht“, in: Immobilien Zeitung 14.1.2021).

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung eines Eigenheims für das tägliche Leben verdeutlicht. Kinder haben ausreichend Spielraum im Garten und es findet sich viel leichter ein Platz für die berufliche Arbeit zuhause als in einer Mietwohnung.

In der Vergangenheit stellte das Bausparen für viele eine wichtige Säule für den Eigenheimerwerb dar. 2019 gab es in Deutschland 26 Millionen Bausparverträge mit über 900 Milliarden Einlagen (Verband der Privaten Bausparkassen) – weniger Verträge, aber eine höhere Summe als früher.

Die Umsetzung des Wunsches wird aber immer schwieriger: Grundstücke sind knapp und teuer, auch die Baukosten steigen weiter. Gerade jungen Menschen fehlt es bereits am notwendigen Eigenkapital, um die Nebenerwerbskosten zu decken.

GRUNDERWERBSSTEUER

Nordrhein-Westfalen gehört hier mit 6,5 % vom Kaufpreis zu den Spitzenreitern beim Abkassieren. Bundesweit haben sich diese öffentlichen Einnahmen in den letzten 10 Jahren verdreifacht! Deswegen hat die AfD-Fraktion im Landtag

bereits 2019 die Reduzierung gefordert, was von den anderen Fraktionen natürlich abgelehnt wurde.

MAKLERGEBÜHREN

Hier ist der Bund als zuständiger Gesetzgeber tätig geworden. Es ging ja auch nur um das Geld von anderen.

NOTARKOSTEN UND GRUNDBUCHGEBÜHREN

Auch sie steigen mit den Erwerbskosten. Ebenfalls ein Feld, wo die AfD nach Lösungen sucht – selbst wenn sie sicher abgelehnt werden.

UND IST MAN SCHLIESSLICH EIGENTÜMER ...

... dann kommen möglicherweise in der Zukunft auch noch hohe Straßenschließungsbeiträge auf einen zu. Auch hier hat sich die AfD im Landtag für eine Abschaffung eingesetzt, was natürlich ebenfalls pauschal abgelehnt wurde.

Aber damit ist die Geschichte noch nicht zu Ende. Es droht doppeltes Ungemach: Zum einen wird die rot-grüne Regierung in Hamburg möglicherweise zum Vorreiter, um den Bau von Eigenheimen weiter einzuschränken. Zum anderen gerät aufgrund der massiven staatlichen Verschuldung der Grundbesitz allmählich wieder in den Blickwinkel von Überlegungen zu weiteren Abgaben. Schon nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wurde mit dem sog. Lastenausgleichsgesetz das Instrument der Zwangshypothek genutzt, um Eigentümer zur Finanzierung heranzuziehen. Grundstücke und Häuser lassen sich vor dem Zugriff des Staates nun mal nicht ins Ausland verlagern. Nur eine starke Alternative in den Parlamenten hilft, die AfD wird dagegenhalten!

ROGER BECKAMP, MDL

BAU-, WOHNUNGS- UND HEIMATPOLITISCHER SPRECHER

AUTOMOBILINDUSTRIE ERHALTEN

Todesstoß der EU verhindern

Die EU-Kommission will – mit tatkräftiger Unterstützung unserer Bundesregierung – mit allen Mitteln unsere deutsche Automobilindustrie ins Ausland verdrängen! Als Grund nennt Frau von der Leyen den sogenannten „Klimaschutz“.

Die Automobilindustrie freut sich. Denn sie kann die teuren deutschen Werke schließen und in Billiglohnländern wieder aufbauen. Und für diese Arbeitsplatzvernichtung lassen sich die Konzernbosse nicht nur gesellschaftlich feiern. Nein, auch die Bosse der Gewerkschaften klatschen Beifall!

Doch wir von der AfD kämpfen weiter für unsere Industrie, für unsere Arbeiter. Deshalb stellten wir den Antrag, die „Klimaschutzvorgaben“ aus Brüssel zu streichen. Denn bereits jetzt sind die deutschen Autos verbrauchs- und schadstoffarm. Von 2007 bis 2017 sank der durchschnittliche Verbrauch von 6,5 auf 4,9 Liter Diesel, eine Ersparnis von einem Viertel. Das gefiel der EU natürlich überhaupt nicht, so dass ab 2018 neue „Messverfahren“ für den Benzinverbrauch vorgeschrieben waren. Allein durch diese Umstellung stieg der „Verbrauch“ wieder auf 6,3 Liter Diesel. Mit dem neuen Messverfahren stieg dann auch der „gemessene“ CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge. Und wer Autos baut, die zu viel CO₂ ausstoßen, muss zahlen. So drohen VW und Ford Milliardenstrafen. Die Strafen können nur vermieden werden, wenn die Hersteller E-Autos bauen. Und so werden nun vom Staat und den Herstellern E-Autos mit bis zu 9.000 Euro „gefördert“, um sie in den Markt zu drängen.

E-AUTOS ZUR „KLIMARETTUNG“?

Wir hatten zu unserem Antrag Experten eingeladen, die den E-Auto-Zauber auseinandergenommen haben. Besonders beeindruckend war Prof. Dr. Wellnitz von der TU Ingolstadt. Er ist übrigens der erste, der in Deutschland ein Rennauto mit Wasserstoff-Antrieb gebaut hat – also ein Mann der Praxis und der Theorie. Seine Ausführungen machten die Politiker aus dem Klub der Altparteien regelrecht sprachlos. Bei einem Kleinwagen als E-Auto müsste man etwa 150.000 km fahren, um gegen einen konventionellen Kleinwagen einen CO₂-Vorteil zu haben, so der Experte. Der Dieselmotor sei das effizienteste Aggregat, das er kenne. Die Umstellung aller Dieselfahrzeuge auf einen modernen Diesel der Klasse 6 mit SCR-Kat und Harnstofffilter könnte 30 % CO₂ sparen: Allein damit wäre das Klimaziel der Regierung erreichbar.

TESLA-SUBVENTION FÜR PORSCHE-FAHRER!

Der Experte setzte noch einen drauf: „Wir zahlen 10.000 Euro Zuschuss für einen Tesla an Personen, die Porsche und Ferrari fahren. Dieses Geld wird nicht für denjenigen gezahlt, der im Block in Köln wohnt.“

Mit unserem Antrag haben wir den Finger in die Wunde gelegt. Es war eine fantastische Anhörung, die gezeigt hat, wie wichtig eine funktionierende Opposition für die Demokratie ist.

CHRISTIAN LOOSE, MDL

WIRTSCHAFTS- UND ENERGIEPOLITISCHER SPRECHER



SYMBOLBILD - QUELLE: IMAGO/PHOTOTHEK

DOPPELSTANDARDS ENTLARVT – AfD ERFOLGREICH



Eine Behörde zwischen VERFASSUNGS- UND KONKURRENZSCHUTZ

Die Fahnen der SPD und Grünen wehen einträchtig neben denen von Antifa, MLPD und DKP. Dazwischen ver.di, AWO, Fridays for Future, Autonome sowie andere Linke und Extremisten. Man kennt sich aus dem staatlich alimentierten „Bündnis gegen alles Mögliche“ vor Ort, ob nun von Protesten gegen die Polizei, die Bundeswehr, die AfD, tatsächlichen oder vermeintlichen Rassismus, gegen Autos oder Kohle. Wofür oder wogegen sich die politische Linke im autosuggestiven Zorn der Gerechten eben so engagiert.

Man stelle sich für einen Moment vor, Mitglieder von AfD, FDP, Identitärer Bewegung, CDU, Neonazi-Kameradschaften, NPD und Arbeitgeberverbänden würden gemeinsam dazu aufrufen, gegen eine Veranstaltung der Grünen, der SPD oder der Linkspartei zu protestieren, und dabei ihre Fahnen nebeneinander schwenken. Ein Aufschrei wäre die Folge. Tagelange Presseberichte, Forderungen von allen Seiten, den Verfassungsschutz (VS) einzuschalten, Rücktritte bei FDP, AfD und CDU und Entschuldigungen der Arbeitgeberverbände. Und tatsächlich käme der Verfassungsschutz und würde vor „Mischszenen“ warnen.

Schon diese kurze Gegenüberstellung zeigt: Wir haben es mit doppelten Standards in der öffentlichen Berichterstattung zu tun und infolge des Meinungsklimas mittlerweile auch bei Institutionen wie dem VS.

Klar: Es gibt sehr gute Gründe, unsere Verfassung zu schützen! Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie sie der Parlamentarischen Rat 1949 aufschrieb, ist in Geist und Buchstaben ein Wert für sich, auf den nicht nur Staatsdiener vereidigt werden, sondern dem sich auch die AfD verpflichtet fühlt. Doch aus dem antitotalitären Geist, der konstitutiv für die Gründung der Bundesrepublik war, wird immer mehr ein antifaschistischer Ungeist. Links ist fast schon alles möglich, rechts soll gleich nach der linken Mitte Schluss sein. Das ist keine plurale Demokratie, in der alle fair um die besten Ideen streiten.

Fatal ist dabei, wenn dies nicht nur ein massenmedial gemaltes Bild ist, sondern sich staatliche Institutionen in den

politischen Wettbewerb einschalten, um ihn zu verzerren. Fatal ist, wenn Parteipolitiker auf die Idee kommen, die lästige Konkurrenz zu kriminalisieren, und dabei ganz offen zweierlei Maß anlegen. So ist der Verfassungsschutz hierzulande als Abteilung 6 unmittelbar CDU-Innenminister Herbert Reul unterstellt und wird von einem SPD-Mitglied geführt. So liegt eine mögliche Befangenheit nicht ganz außerhalb des Vorstellbaren.

Aber, und das ist das Gute, wir nutzen als Fraktion jedes parlamentarische Mittel, um das bloß- und abzustellen. Und wir kommen voran: In dutzenden Kleinen und Großen Anfragen gehen wir jedem Widerspruch, jeder Untätigkeit und jeder Ungerechtigkeit nach.

Hatte der NRW-VS bis dato sogenannte „Mischszenen“ – auch nach unserer Nachfrage – immer nur rechts der Mitte gesehen, musste er nun uns – oder besser: der Realität – folgen. Er sieht jetzt, was offenbar ist: Mischszenen gibt es auch links. Vor allem links. Im parlamentarischen Alltag ist mit Befremden zu sehen, wie sehr sich der VS dabei windet, nach links ähnlich wie nach rechts zu schauen. Doch wir setzen die Landesregierung täglich unter Druck – mit Erfolg.

Dieser Erfolg kommt natürlich nicht nur der Demokratie im Allgemeinen, sondern auch der AfD im Speziellen zugute. Fraktion und Landesvorstand haben in unterschiedlichen Rollen die richtige gemeinsame Strategie: Natürlich werden wir uns um die wenigen, die sich bei uns in der Tür geirrt haben, entsprechend kümmern. Gleichzeitig gehen wir aber parlamentarisch wie juristisch gegen jede Form der Umwandlung des Verfassungsschutzes in einen Konkurrenzschutz für etablierte Parteien vor. Gerade weil unseren Mitgliedern in überwältigender Mehrheit nichts vorzuwerfen ist, werden wir auch diesen Kampf mit der nötigen Selbstreflexion am Ende souverän gewinnen.

MARKUS WAGNER, M.D.L.
FRAKTIONSVORSITZENDER
INNEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER SPRECHER

WIE VIEL **DEMOKRATIE** STECKT IN DEN ALTPARTEIEN WIRKLICH?

Um die Antwort vorwegzunehmen: wenig! Gleich zu Beginn, als die AfD 2017 erstmals in den Landtag von Nordrhein-Westfalen einzog, wusste niemand, wohin mit ihr, denn ausreichende Räume gab es nicht – obwohl sich der Landtag um ganze 38 Abgeordnete verringert hatte. Es dauerte mehrere Wochen, bis die AfD-Fraktion endlich ihre Räumlichkeiten beziehen konnte. Das zeigte uns Abgeordneten vor allem eins: Eine wahre politische Opposition zu sein, ist wortwörtlich „unbequem“.

Das gilt auch für unsere Abgeordneten im Bundestag. Obwohl 1994 die Zahl der Vizepräsidenten durch die Geschäftsordnung des Bundestages dahingehend geregelt wurde, dass jede Fraktion einen stellt, sind die von der AfD nominierten Kandidaten für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten durchgehend abgelehnt worden. Dabei ist die AfD als größte Fraktion nach CDU/CSU und SPD die Oppositionsführerin.

Ähnlich verhält es sich im Landtag von NRW. Während die Geschäftsordnung früher offen ließ, wie viele Vizepräsidenten gewählt werden, besteht nach der aktuellen Geschäftsordnung das Präsidium aus dem Präsidenten und drei Vizepräsidenten. Diese Regelung wurde erst kurz vor der Landtagswahl 2017 abgeändert. Obwohl wir die zweitgrößte Oppositionsfraktion waren, erhielt bei der konstituierenden Sitzung die damals kleinere Fraktion der Grünen dieses Amt.

So funktioniert die Demokratie der alten Parteien. Dabei ist der Sitz im Präsidium von entscheidender Wichtigkeit. Das Präsidium entscheidet beispielsweise über die Zulässigkeit aktueller Stunden und welche davon auf die Tagesordnung kommen. Der sitzungsleitende (Vize-)Präsident spricht auch Rügen gegen Abgeordnete aus und entscheidet gegebenenfalls über ihren Ausschluss von der Sitzung. Die Versagung dieses Amtes bedeutet also ersichtlich eine Einschränkung im parlamentarischen Betrieb. So kommt es vor, dass Abgeordnete der AfD gerügt werden, andere für gleichartige Äußerungen dagegen nicht.

Das eine verwehrt man uns, anderes verschleppt man um Jahre. So war es seit jeher guter Brauch im Landtag, dass Fraktionen Enquetekommissionen beantragen und auch zugesprochen bekommen. Die im Jahre 2018 beantragte Enquetekommission der AfD im Landtag NRW zum Thema „Parallelgesellschaften und drohende No-go-Areas“ war der erste Antrag dieser Art, der in der Geschichte des Landtages abgelehnt wurde. Erst ganze zwei Jahre später und nach einigen interfraktionellen Verhandlungen wurde schließlich 2020 der Enquetekommission „Einsamkeit“ zur „Bekämpfung sozialer Isolation in NRW und der daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit“ zugestimmt. „Zustimmung“ meint im konkreten Falle, dass alle anderen Fraktionen sich bei der Abstimmung „enthalten“ haben, sodass die Kommission allein durch die Stimmen der AfD-Fraktion zustande kam.

Doch nicht nur die AfD ist von dieser Demokratiefierne betroffen. So wurde Thomas Kemmerich, der kuzzeitige Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, sofort nach seiner Wahl am 5. Februar 2020 kritisiert, dass er durch die Stimmen der AfD ins Amt gewählt wurde. Wenige Tage später trat er auf öffentlichen Druck hin vom Amt zurück.

Mittlerweile haben diese demokratiefernen Verhaltensweisen der alten Parteien auch die Kommunalebene erreicht. Nach der NRW-Kommunalwahl im September 2020 teilten viele neu gegründete Fraktionen der AfD mit, dass sie nicht in Aussprachen vor den jeweiligen konstituierenden Rats- oder Kreistagssitzungen eingebunden wurden. Regelmäßig schlossen sich andere Fraktionen zu Zählgemeinschaften zusammen und erschwerten bzw. verhinderten so die Wahl von AfD-Vertretern in Gremien oder als Ausschussvorsitzende.

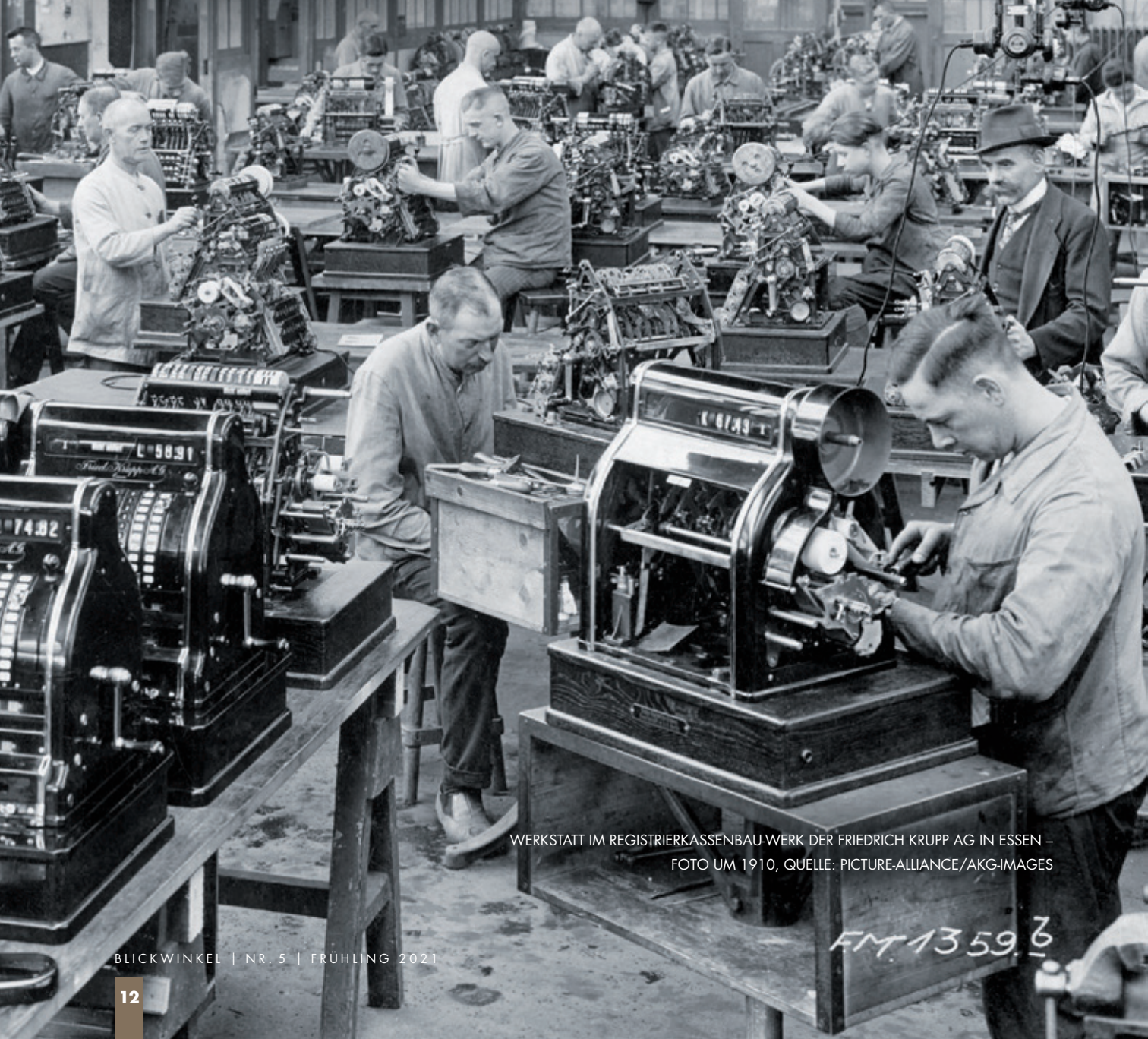
Man erkennt durch diese Ungleichbehandlungen also das strukturelle demokratische Defizit innerhalb der Altparteien.

THOMAS RÖCKEMANN, MDL
RECHTSPOLITISCHER SPRECHER

ZITAT AUS FARM DER TIERE – ANIMAL FARM VON GEORGE ORWELL, ENGLISCHER SCHRIFTSTELLER, ESSAYIST UND JOURNALIST (*25.06.1903 † 21.01.1950), ORIGINALTEXT: „ALL ANIMALS ARE EQUAL, BUT SOME ARE MORE EQUAL THAN OTHERS“, 1945

150 JAHRE DEUTSCHER NATIONALSTAAT

Herausragende Leistungen als Auftrag für die Zukunft



WERKSTATT IM REGISTRIERKASSENBAU-WERK DER FRIEDRICH KRUPP AG IN ESSEN – FOTO UM 1910, QUELLE: PICTURE-ALLIANCE/AKG-IMAGES

Bismarcks Reich prägt Deutschland mehr, als viele es heute noch wissen (können). Das gilt leider auch für den Bundespräsidenten, der am 13.01.2021 von einem Problemfall sprach, den preußischen Militarismus anprangerte und die Abneigung der damaligen Regierungselite gegenüber dem Reichstag betonte. Nein, das wird den Sehnsüchten und Empfindungen der Menschen damals nicht gerecht – besonders nicht mit den Befindlichkeiten und dem Wissen von heute!

Ein Antrag der AfD-Fraktion im Landtag zur Reichsgründung (Drucksache 17/12380) stellte richtig, dass die verengende These, die Gründung des deutschen Nationalstaats sei Ursache für den Ersten Weltkrieg und die NS-Diktatur, dem Ereignis in keiner Weise gerecht wird. Zunächst müssen wir festhalten, dass die Befreiungskriege gegen Napoleon, das Hambacher Fest 1832 und das Paulskirchenparlament 1848 sich bereits auf die Sehnsucht breiter Volksschichten nach Überwindung der Kleinstaaterei, verfassungsmäßigen Rechten und Wohlstand bezogen. Mit der Proklamierung des Kaiserreiches am 18. Januar 1871 unter Federführung Preußens nahmen die lange gehegten Hoffnungen Gestalt an. Innerhalb von nur 40 Jahren folgten mit dem Aufstieg in die erste Staatenliga Wohlstand der Bürger und politische Liberalisierung und Partizipation.

Politische und rechtliche Entwicklungen

01.01.1871: Erste gesamtdeutsche Verfassung. Männer ab dem 26. Lebensjahr wählen mit gleicher und geheimer Stimme Abgeordnete in den Reichstag. Herausbildung eines einheitlichen Rechtsstaats: 1872 Reichsstrafgesetzbuch, 1877 Zivil- und Strafprozessordnung, 1900 schließlich das bis heute geltende Bürgerliche Gesetzbuch.

18.01.1871: Proklamation des Kaisers. Der größte Teil der Deutschen lebt fortan im ersten deutschen Nationalstaat statt in lähmender Kleinstaaterei. Berlin wird Hauptstadt. Im Bundesrat hat Preußen keine absolute Mehrheit und braucht die Unterstützung anderer Teilstaaten: eine Wurzel des Föderalismus bis heute.

Wirtschaftliche Entwicklungen

Ebenfalls 1871 beschließt der Reichstag das erste Reichsmünzgesetz: Die Mark wird als einheitliche Währung geschaffen. 1872 wird das metrische System eingeführt und Maßeinheiten standardisiert. Bis 1900 macht das Reich 25 % des weltweiten Exports chemischer Produkte aus, insbesondere Farbstoffe und Medizinprodukte aus der „Apotheke der Welt“. Das Label „Made in Germany“ wird, anders als von den Briten geplant, zum Qualitätssiegel.

1885 betreiben die Landesbahnen mit knapp 40.000 Kilometern das größte Eisenbahnnetz Europas. Im selben Jahr baut Benz das erste Automobil. Daimler und Maybach entwickeln den Viertaktmotor zur Serienreife und legen den Grundstein für die Automobilnation Deutschland. 1893 wird die „mittlere Sonnenzeit des 15. Längengrades“ die allgemein gültige Zeit im Reich – eine ungemeine Erleichterung für Verkehr und Telegrafie.



DIE EISENWALZMÜHLE VON ADOLF MENZEL, 1872 - ÖL AUF LEINWAND, QUELLE: PAINTING/ALAMY STOCK FOTO

Gesellschaftliche und medizinische Entwicklungen

1875 werden das Personalstandswesen und die Zivilehe eingeführt. 1874 wird die Impfpflicht gegen Pocken eingeführt – mit kostenloser Impfung. Die Todesfälle durch Pocken sinken von über 2000 auf drei 1879. 1891 wird das Königlich Preussische Institut für Infektionskrankheiten gegründet, Vorläufer des RKI und eines Teils der Charité. 1879 entsteht aus der Bau- und Gewerbeakademie die Technische Hochschule Berlin.

Reichskanzler Bismarck bringt auch die Sozialgesetzgebung auf den Weg: Alle Arbeiter erhalten 1883/84 eine Krankenversicherung und Unfallversicherung – 1887 kommt die Rentenversicherung hinzu, wobei sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat die Kosten teilen.

Diese Entwicklungen werden nicht durch Blut und Eisen erzwungen, sondern durch Eisen und Kohle möglich. Sie entstehen durch Begeisterung und persönliche Leistungen – das ist bis heute gültig und möglich. Es sollte uns ein Ansporn sein, wir haben allen Grund dazu!

HELMUT SEIFEN, MDL

WISSENSCHAFTS-, BILDUNGS- UND SCHULPOLITISCHER SPRECHER

ZERFALL DER POLITISCHEN MORAL

Mit „politischer Moral“ wird im Allgemeinen die Gesamtheit all jener Prinzipien, Normen und Werte bezeichnet, mit deren Hilfe die Bürger ein politisches System bewerten und damit auch legitimieren. Politische Moral umfasst gerade auch die moralischen Erwartungen, die insbesondere an Politiker gestellt werden. Das wirft wiederum die Frage auf, wie Politiker diesen Erwartungen gerecht werden wollen, wenn sie als vermeintliche Interessensvertreter des deutschen Volkes intensiven Umgang mit dubiosen Lobbyisten pflegen. Was bewog Angela Merkel während ihrer Chinareise im September 2019 dazu, ausgiebig für das auf den chinesischen Markt drängende Finanzunternehmen Wirecard zu werben? Zu einem Zeitpunkt, als das Kanzleramt bereits von den Ermittlungen gegen den Zahlungsdienstleister wusste! Lag es vielleicht daran, dass sich der Ex-Verteidigungsminister und Lobbyist Karl-Theodor zu Guttenberg vor der Abreise für Wirecard stark gemacht hatte? Fest steht: Kontakte zu Spitzenpolitikern sind viel Geld wert und Parlamentarier, die als Verbandsfunktionäre oder in einem Aufsichtsrat arbeiten, sind in der Regel gut vernetzt.

Dafür, dass sich lukrative Nebentätigkeiten in Aufsichtsräten und politische Posten aus moralischen Erwägungen nicht ausschließen müssen, steht Friedrich Merz. Seine Ernennung zum „Brexit-Beauftragten“ des Landes NRW hatte er nicht allein Armin Laschet zu verdanken, sondern seinen Kontakten zu Politik und Wirtschaft. Zuletzt gelang es ihm, sich der konservativen CDU-Basis als vermeintlicher Hoffnungsträger zu verkaufen, ohne selbst konservative Werte zu vertreten. Die erhoffte Wende ist ohnehin ausgeblieben. CDU-Vorsitzender wurde dann bekanntlich nicht Merz, sondern Laschet, der Ministerpräsident von NRW. Die Partei, die dem „C“ in ihrem Namen schon lange nicht mehr gerecht wird, hat sich mit seiner Wahl endgültig von der bürgerlichen Mitte und ihrem als koalitionsfeindlich empfundenen Wertekanon aus jüdisch-christlicher Tradition, Heimatliebe, Patriotismus und Stärkung

des Rechtsstaats verabschiedet. Somit gilt allen moralischen Erwartungen zum Trotz: Wer „schwarz“ wählt, wird „grün“ ernten! Konservative Werte interessieren Herrn Laschet jedenfalls nicht.

Was hat die Abkehr vom Konservatismus mit dem Zerfall der politischen Moral zu tun? Durch die Aufgabe traditionell konservativer Positionen in der deutschen Parteienlandschaft und das Füllen des Vakuums durch die Alternative für Deutschland sind die etablierten Parteien in die Defensive geraten. Denn Forderungen nach innerer Sicherheit, Wohlstand und der Wahrung nationaler Interessen bleiben gerade in Zeiten von Globalisierung, Grenzenlosigkeit und Multikulturalismus relevant. Zugleich ist zu konstatieren, dass Verantwortungsbewusstsein und ethische Integrität bei gewissen Politikern und Journalisten einem gebetsmühlenartigen Moralisieren gewichen sind. Eigentlich ganz praktisch, denn so lässt sich die Ambivalenz komplexer Sachthemen auf eine Polarisierung von „gut“ und „böse“ reduzieren. Unbequeme Gegenpositionen, die der eigenen Agenda widersprechen, lassen sich verunglimpfen. Inhaltliche Auseinandersetzungen werden damit umgangen.

MIT DEM ERHOBENEN MORALISCHEN ZEIGEFINGER

Ein Paradebeispiel dafür lieferte Märchenonkel Armin Laschet, als er eine Verbindung zwischen Konservatismus, Trump und dem Sturm aufs Kapitol zu erkennen glaubte. Letzteres drohe auch hierzulande, sollte man vom Merkel-Kurs abweichen. Mit dieser abstrusen Meinung war er keineswegs allein: Er reihte sich nahtlos in die Reihe all jener ein, die in einer Aktuellen Stunde im Bundestag am 14. Januar nicht müde wurden mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger auf die AfD zu zeigen. Die aus den üblichen Versatzstücken fabrizierten Reden von CDU/CSU, SPD, FDP, Linken und Grünen zogen einen schamlos falschen

Was hat die Abkehr vom Konservatismus mit dem Zerfall der politischen Moral zu tun?



Der Zerfall der politischen Moral ist mehr als das Ergebnis von Korruption, doppelten Standards und gesellschaftlicher Spaltung. Er entspringt dem Verlust der demokratischen Mitte.

Vergleich, als sie die Ereignisse auf dem US-Kapitol mit dem politischen Auftreten der AfD gleichsetzten. Damit folgten sie lediglich dem Argumentationsmuster der deutschen Medienlandschaft, als deren Resonanzboden sie sich immer wieder erweisen.



Aktivisten bringen Transparent an Reichstagsgebäude an
QUELLE: IMAGO/FUTURE IMAGE



Mob stürmt Reichstagstreppe
QUELLE: IMAGO/JEANMW

Die FAZ hatte die Ereignisse in den USA schon zum Anlass genommen, die Wehrhaftigkeit der bundesdeutschen Demokratie als gefährdet zu sehen. Umgehend zog man Parallelen zum sogenannten „Sturm auf den Reichstag“ im August 2020, den die aus Steuermitteln finanzierte Deutsche Welle zum „Angriff auf das Herz unserer Demokratie“ stilisiert hatte. Was folgte, war keine differenzierte Analyse, sondern eine Vereinfachung der Ereignisse: Die bunte Gruppe lauter, aber keineswegs gewalttätiger Demonstranten wurde zum braunen, rechtsextremen Mob umgedeutet, der durch die Besetzung der Reichstagstreppe die Grundfesten der Bundesrepublik zu erschüttern drohte – ganze drei Polizisten waren nötig, um dem Ansturm zu trotzen. Der Unterschied zu den Ereignissen in Washington könnte nicht größer ausfallen.

WER DAS ÖFFENTLICH KRITISIERT, STÖSST JEDOCH SEHR SCHNELL AN DIE GRENZEN DES SAGBAREN

Doch waren die Vorfälle in Berlin und Washington nicht auch Ausdruck der oft beschworenen gesellschaftlichen

Spaltung? Das Wall Street Journal stellte jedenfalls im Dezember 2019 fest, dass sich Republikaner wie Demokraten bereits seit Obama zunehmend von der politischen Mitte entfernt haben. Es fehlt also nicht die Nachfrage nach demokratischem Konsens, denn sie ist nach wie vor vorhanden. Was fehlt, ist schlichtweg das Angebot konsensfähiger Mehrheitsmeinungen im öffentlichen Diskurs. Wenn sich Politik und Medien aufgrund der eigenen moralischen Gesinnung zu identitätspolitischen Vertretern von ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheitsinteressen aufschwingen, werden sie ihrer Verantwortung gegenüber der Mehrheit nicht gerecht. Wer das öffentlich kritisiert, stößt jedoch sehr schnell an die Grenzen des Sagbaren. Wer will schon als Feind der Gleichheit gelten, wenn er etwa die Sinnhaftigkeit von Quoten anzweifelt? Die wohlfeile Dauerent-rüstung des Juste Milieu wäre ihm jedenfalls sicher. Doch wer sich durch auferlegte Sprachverbote in seinen Rechten und Freiheiten eingeschränkt fühlt, entwickelt auch Trotzreaktionen. Das kann soweit führen, dass die Betroffenen dem politischen System jedwede Legitimation absprechen, so wie es in Washington zu sehen war.

Die Berichterstattung über die Erstürmung des Kapitols bildete den Höhepunkt von vier Jahren tendenziöser Medienkampagnen. Seit Ausbruch der Corona-Krise ließ vor allem der US-amerikanische Nachrichtensender CNN keine Möglichkeit ungenutzt, um die Wahlkampfauftritte und Demonstrationen der Anhänger Donald Trumps mit Rechtsextremismus, Gewalt und Verstößen gegen Corona-Auflagen in Verbindung zu bringen. Den Kontrast dazu bildete die Berichterstattung über die Aufmärsche teils militanter Anhänger von „Black Lives Matter“. Als es im August wiederholt zu Brandstiftungen und Plünderungen kam, sprach CNN von „feurigen, aber mehrheitlich friedlichen Protesten“. Verstöße gegen Corona-Auflagen? Nein! Wie schon bei „Fridays for Future“ galt: Covidioten sind immer nur die Anderen!

Der Zerfall der politischen Moral ist mehr als das Ergebnis von Korruption, doppelten Standards und gesellschaftlicher Spaltung. Er entspringt dem Verlust der demokratischen Mitte. Das Festhalten an konservativen Werten bleibt damit wichtiger denn je. Nicht umsonst heißt es im Treueschwur der USA: „Eine Nation unter Gott, unteilbar“.

ANDREAS KEITH, MdL
PARL. GESCHÄFTSFÜHRER
SPORT- UND FORSTPOLITISCHER SPRECHER



PARLAMENT UND BEWEGUNG

Was ist die AfD?

ZUR PERSON

Rüdiger Lucassen ist seit Oktober 2019 Landessprecher der AfD NRW. Seit 2017 vertritt er die AfD im Deutschen Bundestag. Er ist verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion und Obmann im Verteidigungsausschuss. Nach 34 Jahren in der Bundeswehr, zuletzt als Oberst im Generalstab, war er 11 Jahre lang als Unternehmer tätig. Er wohnt in Bad Münstereifel im Kreis Euskirchen, wo er auch ein Wahlkreisbüro unterhält. Lucassen ist verheiratet und hat drei erwachsene Töchter.

Die Alternative für Deutschland ist die größte Oppositionspartei im Bundestag. Der machtbesessene Schulterchluss aller anderen Parteien macht sie faktisch zur einzigen Opposition. Wir haben damit zugleich sehr gute und sehr schwierige Voraussetzungen, um das Regierungssystem wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Gut ist, dass die AfD über die meisten Alleinstellungsmerkmale verfügt: Alle anderen erscheinen als Block. Wähler, die eine echte Alternative wollen, kommen an uns nicht vorbei. Schwierig ist indes die breite politisch-mediale Front gegen die AfD. Jeder Amts- und Mandatsträger muss viel belastungsfähiger sein als die Konkurrenz.

Um die entscheidende Schwelle zum Machtfaktor von 25 % der Wähler überschreiten zu können, müssen wir unsere Erfolge in zwei Bereichen festigen und ausbauen: als Parlamentspartei, gut organisiert, demokratisch legitimiert und fähig, das politische Establishment mittelfristig abzulösen, und als Bewegungspartei, die die programmatische, ideologische und emotionale Stimmungslage aufnimmt und mitgestaltet. Die AfD muss professionell, frei von Verfilzungen und kleinkarierten Strukturen sein. Auf dieser soliden Basis muss sich eine politisch mutige, heimatliebende, den Menschen und Völkern zugewandte Bewegung etablieren, die den Bürgern in unserem Vaterland wieder Zuversicht und Hoffnung bietet. Die gelähmte Regierung und die moralisierende übrige Opposition bringen die Kraft für überzeugende Realpolitik nicht mehr auf. Ich bin überzeugt, das wird nur die AfD erreichen können.

DIE AfD ALS PARLAMENTSPARTEI

Solide Sachpolitik liefert den Nachweis für unsere Regierungsfähigkeit – ein elementares Zeichen an die Wähler. Wir wollen Deutschland verändern. Veränderungen erzeugen aber auch Unsicherheit. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass wir die nötige politische Wende in geordneten Bahnen lenken.

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen von Bund und Ländern haben unseren Spielraum eingeschränkt. Für uns als Opposition ist es wichtig, die verfehlten und überzogenen Maßnahmen anzuprangern. Wir müssen aber auch weiterhin bei wichtigen nationalen Themen präsent sein. Schon im Frühjahr werden die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der verfehlten Regierungspolitik offen und brutal zu Tage treten. Dann sind alle unsere Fachpolitiker gefordert, die richtigen Alternativen aufzuzeigen.

Fünf Beispiele für die Zeit nach der Corona-Dominanz:

1. Innenpolitik: Die AfD will ein Deutschland, das die Innere Sicherheit robust verteidigt. Wir wollen einen Staat, der seine Macht nicht an jenen demonstriert, die vielleicht einmal keine Maske aufhaben oder etwas schnell fahren. Wir wollen einen Staat, der seine Macht kompromisslos dort einsetzt, wo die innere Ordnung gefährdet ist: bei kriminellen Clans, Schleusern, Terrorcliquen und allen anderen, die sich Deutschland zur Beute machen. Rechtsfreie Räume zurückerobern: ein Kernthema der AfD.

2. Außenpolitik: Wir wollen ein Deutschland, das selbstbewusst seine Interessen vertritt. Wir sind nicht verantwortlich für die Probleme Afrikas. Wir schulden der Welt nichts! Unser Deutschland soll sich selbstbestimmt auf dem globalen Parkett bewegen, kooperieren und auch helfen – auf Augenhöhe, ohne moralische Unterwerfung. Wir respektieren die Souveränität von Staaten und wollen keine sinnlosen Militärinterventionen, die nur Chaos und Leid bringen. Wir verbitten uns ebenso die Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten. Als Deutsche bieten wir der Welt Freundschaft und Respekt – und erwarten dasselbe von anderen. Eine souveräne Außenpolitik im deutschen Interesse: ein Kernthema der AfD.

3. Migrationspolitik: Wir wollen sichere Grenzen, Frieden und soziale Sicherheit für unser Land. Offene Grenzen und friedlicher Sozialstaat schließen sich aus. Wir wollen, dass unsere Gesetze eingehalten werden. Migranten ohne Aufenthaltsrecht müssen abgeschoben werden. Illegale Einreisen sind eben das: illegal.

Wir wollen ein Deutschland, in dem wir selbst bestimmen, wer zu uns kommt und wer nicht. Unsere Gesetze, Kultur und Lebensart sind ohne Wenn und Aber zu respektieren. Wer das nicht will oder kann – ob nun wegen Kultur oder Religion – muss sich einen anderen Ort zum Leben suchen. Eine kontrollierte Migrationspolitik: das Kernthema der AfD.

4. EU-Politik: Wir in der AfD glauben an den Nationalstaat als den einzig verlässlichen ordnungspolitischen Rahmen. In einem seelenlosen EU-Konstrukt aufzugehen, ist ein enormes Risiko mit unbekanntem Ausgang. Die AfD kämpft für ein Europa der Vaterländer. Wenn wir nach Italien fahren, wollen wir auch in Zukunft dort ankommen und nicht in einer gleichgeschalteten EU-Provinz.

Wir wollen die Vielfalt Europas erhalten, ohne die Freiheit eigener Entscheidungen aufzugeben. Dazu gehört

WEITER ►

auch, dass jedes Land seine Rechnungen selbst bezahlt. In der AfD herrscht Konsens, dass wir keine Schuldenunion wollen: ein Kernthema, das vor acht Jahren zu unserer Gründung führte.

5. Familienpolitik: Die AfD setzt mit vollem Herzen auf die Zukunft unseres Landes. Was wir von unseren Vorfahren bekommen haben, wollen wir bewahren und an unsere Nachfahren weitergeben. Unsere Sozialpolitik setzt konsequent auf die demografische Wende: Wir wollen eine Politik, die Kinder umfassend fördert, Familien steuerlich entlastet und das Kinderkriegen wieder positiv auffasst.

Gerade die Familienpolitik zeigt, dass in der AfD-Programmatik viel mehr Grundsätzliches steckt als in den ausgelaugten Angeboten der Etablierten. Unsere Politik ist eine Entscheidung für die Zukunft unseres Landes, für Zuversicht und den Willen, zu bewahren und weiterzugeben.

DIE AfD ALS BEWEGUNGSPARTEI

Der Entstehung der AfD ging eine immer größere Entfremdung großer Teile der Bevölkerung von der etablierten Politik voraus. Der Bewegungskarakter entwickelte sich auch deshalb, weil dieses Unbehagen auch in anderen Parteien unterschwellig spürbar zunahm. Die Anhänger dieser Bewegung – auch die, die sich nicht als solche empfinden – teilen folgende Merkmale:

- Enttäuschung durch Versagen der Altparteien
- Kritik am politisch-medialen Kartell
- Unbedingte Rechtstreue
- Nationale Souveränität und Grenzschutz statt EU-Zentralismus
- Tiefe Euro- und Globalisierungsskepsis
- Ablehnung unnützer Klimamaßnahmen
- Ablehnung politischer Korrektheit wie Gendersprache
- Familiensinn
- Politik für deutsche Interessen und Wirtschaft
- Bekenntnis zum deutschen Volk und seiner Identität
- Einwanderungskontrolle
- Kritik am politischen Islam

Diese Aspekte sind nicht ohne weiteres einer politischen Denkrichtung zuzuordnen. Liberal- wie auch nationalkonservative Bürger können sich darin wiederfinden, teils auch „klassisch linke“ Milieus. Eben darin liegt die Schwierig-

keit, eine Bewegung in die Sacharbeit einer erfolgreichen rechtskonservativen Partei zu überführen.

INNERPARTEILICHE STRÖMUNGEN

Strömungen und auch Streit sind essentiell für eine Partei und Teil der Willensbildung. Die Medien und weite Teile der Öffentlichkeit unterscheiden einen liberalkonservativen und einen nationalkonservativen bis rechtsnationalen AfD-Teil. Ersterer wird gebilligt oder zumindest geduldet – letzterer gilt als „vergiftet“. Deutschlands Linke tut das, was sie seit 1945 immer getan hat, nämlich legitime rechtskonservative Politik in direkten Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus zu stellen. Leider müssen wir zugeben: nicht ganz ohne Erfolg!

In der AfD führte das, teils aus Trotz, zu Gruppenbildungen. Heute wissen wir, dass es keine Sonderbewegung brauchte, denn unser integrierender Konsens als rechte Partei ist eine für breite Schichten wählbare Programmatik. Politische Angriffe, mediale Diskreditierung und Misstrauen in unsere Verfassungstreue zwangen die AfD in eine eigentlich unnötige Verteidigungshaltung.

Nach dem Lucke-Desaster hat sich die AfD im Zuge des Kontrollverlustes an den Grenzen und der massenweisen Immigration als rechtskonservative Opposition etabliert. Unsere politischen Gegner und die Mainstreammedien haben die Meinung befeuert, die AfD sei eine „Ein-Themen-Partei“. Jeder Fachpolitiker weiß, dass das Gegenteil stimmt. Der Einzug in den Bundestag und alle Landtage hat uns zu einer gesetzten Größe in allen Politikfeldern gemacht.

DAS IMAGE DER AfD

Als Partei sind wir gewissermaßen Verkäufer unserer Ideen und Überzeugungen. Unsere Politik ist unser Warenbestand. Die wichtigste Voraussetzung für erfolgreichen Vertrieb ist, dass wir selbst vom Produkt überzeugt sind. Und das sind wir. Die Politik der AfD ist gut. Wir wissen, dass Deutschland unser fester Rahmen ist, dass unsere Politik immer im deutschen Interesse liegt.

Mindestens genauso wichtig ist es aber, dass wir unsere Waren gut präsentieren. In einem schäbigen Laden wird sich das beste Produkt nicht verkaufen. Unser Produkt ist eine Politik für das Deutschland von morgen. Unsere Kunden sind unsere zukünftigen Wähler.



setzen könnten. ABER: Der Weg zur Rettung Deutschlands führt einzig über den Weg der Macht. Nur wenn wir in Regierungsverantwortung stehen, können wir Dinge tatsächlich verändern und verbessern.

DIE ERFOLGSSPUR

Unser Weg führt über Wahlen. Die AfD – dies sage ich als Demokrat und als Realist – muss neben ihrer soliden Basis neue Wählerschichten erschließen. Rechts der Union ist genug Platz für eine Option zur Macht – und damit zur Rettung unseres Vaterlandes.

Die Konzepte der AfD müssen aktuelle Probleme der Leute aufgreifen. Wenn durch die Pleitewellen im Frühjahr viele ihren Arbeitsplatz verlieren, werden es Existenzsorgen sein, die sie um den Schlaf bringen, nicht historische Grundsatzfragen. „Wie zahle ich meine Hypothek ab?“, „Wie kann ich meinen Kindern weiterhin alles bieten, was sie brauchen?“ – das sind Fragen, auf die wir als AfD zukunftsgerichtete Antworten geben müssen!

AUSBLICK

Wir haben in den letzten 7 Jahren einen beispiellosen Aufstieg hingelegt und sind erfolgsverwöhnt. Die Menschen in Deutschland wollen also konservative Politik rechts von einer sozialdemokratisierten Union. Das sind gute Nachrichten. Wie geht es nun weiter? Was sind die nächsten Schritte für die AfD?

Wir haben uns 2013 aus tiefer Sorge um unser Vaterland gegründet. Euro, Masseneinwanderung, bröckelnde Institutionen, Verlust des Heimatgefühls – all das treibt uns immer noch um. Ich denke, wir haben nicht mehr Jahrzehnte Zeit. Was wird denn in 20 Jahren noch übrig sein, das wir schützen und erhalten wollen? Deswegen ist der Wille, so schnell wie möglich zu regieren, legitim und sogar unabdingbar für die Rettung unseres Landes!

Selbstverständlich darf die AfD nicht um jeden Preis mitregieren. Nicht, wenn wir uns dabei aufgeben würden. Nicht, wenn wir unsere Politik für Deutschland nicht um-

Diese „robuste Mitte“ ist die politische Heimat der AfD. Sie wurde von anderen Parteien aufgegeben und wir haben sie gemeinsam erobert, Nationalkonservative wie auch alle Bürgerlich-Liberalen. „Robuste Mitte“ bedeutet, Widerstandskraft und Tugenden zu pflegen. Werte nicht nur einzufordern, sondern auch persönlich umzusetzen. Damit werden wir Deutschland retten.

Deshalb sind auch häufige Provokationen und Wortspiele für Schlagzeilen und kurzen Jubel in der Echokammer falsch. Wer meint, mit Tabubrüchen Deutschland verändern zu können, der möge mir die Strategie dahinter erläutern. Bislang ist sie nicht erkennbar.

Richtig ist allerdings, dass wir bei unseren Wählern zwischen Ost und West unterscheiden müssen, auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Das verlangt unterschiedliche Antworten von uns. Im Osten wird der zugespitzte Begriff „Diktatur der Herrschenden“ verstanden. Im Westen stößt er auf Ablehnung und weckt Assoziationen, die NRW-Wähler scheuen.

Die Erfolge in Ostdeutschland sind eine starke Stütze für unsere Partei. Aber eines ist auf unserem gemeinsamen Weg zur Macht klar: Allein NRW hat mehr Wähler als der Osten mitsamt Berlin. Gesamtdeutsche Wahlen sind nur im Westen zu gewinnen. Politik jedoch macht die AfD für das gesamte deutsche Volk. Darauf kommt es an.

RÜDIGER LUCASSEN, MdB
LANDESSPRECHER NRW

HERAUSGEBER:

Landesvorstand des
AfD Landesverbands NRW
Klaus Esser
Landesgeschäftsführer

Gladbecker Straße 5
40472 Düsseldorf
Tel.: 0211 545 589 50
Web: www.AfD.nrw

V.i.S.d.P.:
Klaus Esser
(Anschrift siehe Adresse des
AfD Landesverbands NRW)

SCHULDENBREMSE in die Landesverfassung!

Die Corona-Pandemie hat uns nicht nur bei der Einschränkung der Grundrechte fest im Griff. Sie wird uns lange mit Blick auf die Staatsfinanzen oder gar die Stabilität des Finanzsystems insgesamt im Atem halten. Die Schuldenberge sind so hoch, dass niemand weiß, wie sie auch nur ansatzweise zurückzahlbar oder zumindest tragfähig sein sollen. Die südeuropäischen Schulden liegen alle über 100 % des Bruttoinlandsprodukts, Griechenland sogar bei 200 %. Wir Deutschen liegen mit 70 % 10 Punkte über dem Stabilitätskriterium für die Eurozone. Die Staatsverschuldung (über 2.200 Mrd. Euro) war noch nie so hoch und steigt weiter!

Staaten können sich aktuell ohne Probleme verschulden, ihre Zentralbanken kaufen Schulden (Anleihen) bereitwillig auf. Auch das Land NRW platziert Anleihen zu Minuszinsen an Kapitalmärkten. Dabei muss man klar von einer Marktmanipulation der Zentralbanken zu Lasten von Sparern und Vermögen sprechen. Die Altersversorgung von Millionen Deutschen leidet bereits. Die zwangsläufig steigende Inflation verschlimmert diese Enteignung – gezielt gefördert durch die Politik: Die Aufgabe der EZB ist eigentlich die Geldwertstabilität.

Konjunkturhilfen für von Corona-Maßnahmen betroffene Unternehmen sind richtig. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen muss geholfen werden, auch Arbeitnehmer dürfen nicht die Leidtragenden von oft unsinnigen Regierungsentscheidungen sein. Häufig gibt es aber Ungerechtigkeiten: Großkonzernen wird unbürokratisch viel Steuergeld bereitgestellt, etwa TUI, Lufthansa oder Galeria Karstadt Kaufhof. Die Kleinen warten oft Monate auf wer-

bewirksam angekündigte Hilfen. So eine zentrale Rettung hin zur Staatswirtschaft kann und wird ökonomisch nicht funktionieren. Deshalb muss alles auf ein sofortiges Lockdown-Ende ausgerichtet sein. Natürlich sind besonders Gefährdete unseres Volkes weiter zu schützen, dafür müssen aber nicht alle Bürger eingesperrt werden. Unsere Kinder und damit unser aller Zukunft haben absolute Priorität.

Die AfD-Fraktion hat im Januar einen Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung eingebracht: Die vom Grundgesetz auch für die Länder vorgegebene Schuldenbremse ist in NRW bisher nur in der Landeshaushaltsordnung verankert – anders als in 11 anderen Ländern. Der Landtag hat damit keinen Weg zur Verfassungsklage. Wir wollen ein klares Signal für die Finanzstabilität aussenden und die in Corona-Zeiten viel zu stark eingeschränkten Rechte des Landtags weiter stärken.

Die erste Debatte zum Gesetzentwurf war sehr aufschlussreich. Die Regierung hat sich nicht gegen die Schuldenbremse ausgesprochen: Die CDU diskutierte nur Konsolidierungsbemühungen anderer CDU-Regierungen. Der FDP-Redner betonte, eine solche Verfassungsänderung bei greifbarer Zweidrittelmehrheit zu tragen. Die SPD fabulierte vom Obstsalat und die Grünen offenbarten ihr Wirtschaftsdenken, indem sie Staatsausgaben als wirtschaftspolitisches Allheilmittel darstellten. Wir werden den überfälligen Entwurf in der 2. und 3. Lesung verteidigen, auch ohne Chance gegen den Club der selbst-erklärten Demokraten. Wir sind es Bürgern, Land und Wählern schuldig.

HERBERT STROTEBECK, MDL
HAUSHALTS- UND FINANZPOLITISCHER SPRECHER



KOHLE WEG, STAHL WEG, KULTUR WEG!

SYMBOLFOTO – QUELLE: IMAGO/ITAR-TASS

Nach dem Weggang der Industrie hat das Ruhrgebiet versucht, sich als Kulturszene neu zu erfinden. In Bochum ist das auch geglückt. Nun erkennt das Milieu, dass es „nicht systemrelevant“ ist – und das hat Folgen für uns alle.

„Du hast ’n Pulsschlag aus Stahl (...) Dein Grubengold hat uns wieder hochgeholt, Du Blume im Revier“. Lang ist’s her, dass diese Hymne von den Einwohnern Bochums selbstbewusst gesungen wurde. Längst lebt nicht nur Herbert Grönemeyer lieber im Ausland: Auch Industrieproduktion und Kohleförderung sind lange Vergangenheit.

Bochum, die Blume im Revier, hat aber etwas ganz Unerwartetes geschafft: Sie hat sich ein drittes Mal in nur einem Jahrhundert neu erfunden, als Stadt der Wissenschaft und der Kultur.

„Aus der Arbeiter- und Stahlstadt hat sich ein lebendiger Hotspot für Kreative und Kulturschaffende mit Ausstrahlung weit über die Region hinaus entwickelt“, heißt es auf der Webseite der Stadt schwärmerisch, aber durchaus zu Recht. Davon zeugt neben der Ruhrtriennale und einer Vielzahl kleinerer Festivals, Bühnen und Museen vor allem die Jahrhunderthalle – einst Standort der Montanindustrie und heute „Kathedrale der Kunst“.

Als der stählerne Puls noch schlug, galten seine Adern wohl als das, was man heute „systemrelevant“ nennen würde. Auf die Kultur trifft das leider nicht zu. „Die Politik ist vielleicht der Kopf unserer Gesellschaft“, sagte die junge Sängerin „ela.“ in einem Interview im Dezember, „die Kul-

tur allerdings das Herz“. Wie unrecht sie damit in Angela Merkels Deutschland leider hat, haben Künstler über Bochum hinaus in der Pandemie festgestellt.

Frau Merkel interessiert es nicht, dass die Kultur für die epidemische Lage dank hervorragender Schutzkonzepte überhaupt keine Bedeutung hat. Für sie ist auch nicht von Belang, dass Kultur und kulturelle Teilhabe als Menschenrechte anerkannt sind. Die Kanzlerin betrachtet dies schlicht als Freizeitvergnügen. So wurde die Blume im Revier schon wieder niedergemäht – diesmal vom Rasenmäher aus der Uckermark.

Nein, das Herz sind die Künstler ganz offenbar nicht. Die Seele vielleicht – allenfalls. Die ist für eine Naturwissenschaftlerin wie Angela Merkel jedoch weder greifbar noch irgendwie systemrelevant. So versteht sie anscheinend nicht, dass ein virtueller Spaziergang durchs Folkwang-Museum keinesfalls eine Alternative zum echten Erleben vor Ort ist. Auch Netflix und Amazon Prime können einen Kinobesuch nicht ersetzen.

Ja, es ist gut, dass die NRW-Ministerin für Kultur und Wissenschaft, Isabel Pfeiffer-Poensgen, das Sterben der Kultur mit sehr vielen Maßnahmen bislang aufhalten konnte. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass den Menschen eines genommen wird: die Seele.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY, MDL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE
INTEGRATIONS- UND KULTURPOLITISCHE SPRECHERIN

MASKENPFLICHT

der neueste Tugendterror

Seit mehr als einem Jahr begleitet uns das Corona-Virus. In dieser Zeit haben die Regierungen unseres Landes allerhand Regelungen auf den Weg gebracht mit der Absicht, die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Die Maskenpflicht im öffentlichen Raum ist ein wesentlicher Bestandteil der sogenannten Coronaschutzverordnungen. Wer allerdings aus medizinischen Gründen keine Maske tragen darf, ist von dieser Pflicht befreit. Gründe dafür gibt es zahlreiche: Fast sieben Millionen Menschen in Deutschland leiden beispielsweise an der chronischen Lungenerkrankung COPD, die das Atmen bereits ohne Maske erschwert. Aber auch psychische Erkrankungen oder Entwicklungsstörungen wie die Autismus-Spektrum-Störung können das Tragen einer Maske für die Betroffenen unerträglich machen. Anstatt Rücksichtnahme und Solidarität erfahren die Betroffenen großteils schwere Diskriminierung: Verbale Attacken von Passanten, Verweigerung notwendiger Behandlungen durch Mediziner und Therapeuten oder auch ein Hausverbot im Einzelhandel sind nur einige der Dinge, die die betroffenen Menschen tagtäglich erleben.

Selbst Kinder werden von der immer weiter um sich greifenden Ausgrenzung nicht verschont. Um nur ein Beispiel zu nennen: Asthma bronchiale ist die häufigste chronische Erkrankung bei Kindern und führt in schweren Fällen zu einer Befreiung von der Maskenpflicht. Eine Studie von „Eltern stehen auf“ veranschaulicht die grausame Realität zahlreicher betroffener Kinder. Kinder ohne Maske müssen allein im Flur frühstücken oder in der Pause allein im Klas-

senzimmer verweilen. Nicht selten werden sie ohne Maske komplett vom schulischen Leben ausgeschlossen.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, aber auch Verbände wie Aktion Mensch beobachten diese neue Form der Diskriminierung mit Besorgnis. So berichtet auf der Homepage von Aktion Mensch ein Betroffener, dass er nun – nach zahlreichen unangenehmen Situationen beim Einkaufen usw. – eine gelbe(!) Armbinde mit den Worten „ich habe Asthma und eine Bescheinigung“ trage und seitdem deutlich mehr Verständnis und Akzeptanz erfahre. Welche bedenklichen Verhaltensweisen die sogenannte Maskenpflicht im sozialen Miteinander aus den Menschen kitzelt, ist erschreckend. Ebenfalls erschreckend ist die herrschende Unkenntnis oder das böswillige Missverständnis in Bezug auf die im AGG geregelte allgemeine Gleichbehandlung. Das Hausrecht eines Supermarktes berechtigt eben nicht zur Diskriminierung. Ein Händler darf selbstredend keine Kunden mit roten Haaren, dunkler Hautfarbe oder eben wegen einer Behinderung den Zutritt verwehren.

Bezeichnend ist hier die Haltung der „progressiven“ Kräfte. Inklusion und Teilhabe sind aus dem Mund der sozialistischen Ideologen nichts weiter als blutleere Kampfbegriffe. Da, wo Menschen tatsächlich massiv benachteiligt und angefeindet werden, weil sie schon erkrankt sind, schaut man weg. Unzählige Schwerbehinderte werden im 21. Jahrhundert wie Aussätzige behandelt. Ihr Alltag wird zum Spießrutenlauf. Das ist unerträglich.

IRIS DWORECK-DANIELOWSKI, MDL
FAMILIEN-, KINDER-, JUGEND- UND FRAUENPOLITISCHE SPRECHERIN



SYMBOLFOTO - KÖLN, SCHILDERGASSE, QUELLE: IMAGO/JOCHEN TACK

EINSAMKEIT

Nicht erst seit dem Lockdown ist dieser Zustand in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Was unter Parolen wie „Stay Home“ oder „Social Distancing“ in den Medien gepredigt wird, hat gravierende Folgen. Mittlerweile kennt wohl jeder jemand, der unter Einsamkeit leidet. Ein Leiden, das sich sehr viel schneller ausbreitet als das Virus, mit noch weitreichenderen Folgen, die nicht nur eine Gefahr für die individuelle Gesundheit darstellen, sondern darüber hinaus für unsere Gesellschaft.

Lange vor dem ersten Corona-Fall habe ich mich mit der Einsamkeitsthematik beschäftigt und 2018 eine Enquete-kommission dazu beantragt (dazu später mehr). Immer mehr Menschen leben allein, auch in NRW, und immer mehr fühlen sich zunehmend einsam. In einer globalisierten, immer flüchtigeren Gesellschaft wird der persönliche Kontakt leicht vernachlässigt: Den Supermarkt ersetzt ein Lieferservice, der Bummel wird von Onlineshops abgelöst. Man verabredet sich nicht mehr zum Kaffeetrinken, nutzt lieber „FaceTime“, auch leidvolle Behördengänge lassen sich online erledigen – selbst der Arztbesuch soll zukünftig über das Tablet gehen.

Was wunderbar einfach und futuristisch klingen mag, hat einen Nachteil, der für viele erst nicht ersichtlich ist. Erst später merkt man, dass man nach und nach soziale Umfelder aufgibt, deren Bedeutung erst lange nach dem Verlust klar wird. Darin liegen die Wurzeln der Einsamkeit. Die Coronakrise und der resultierende Lockdown verdeutlichen dies nun uns allen.

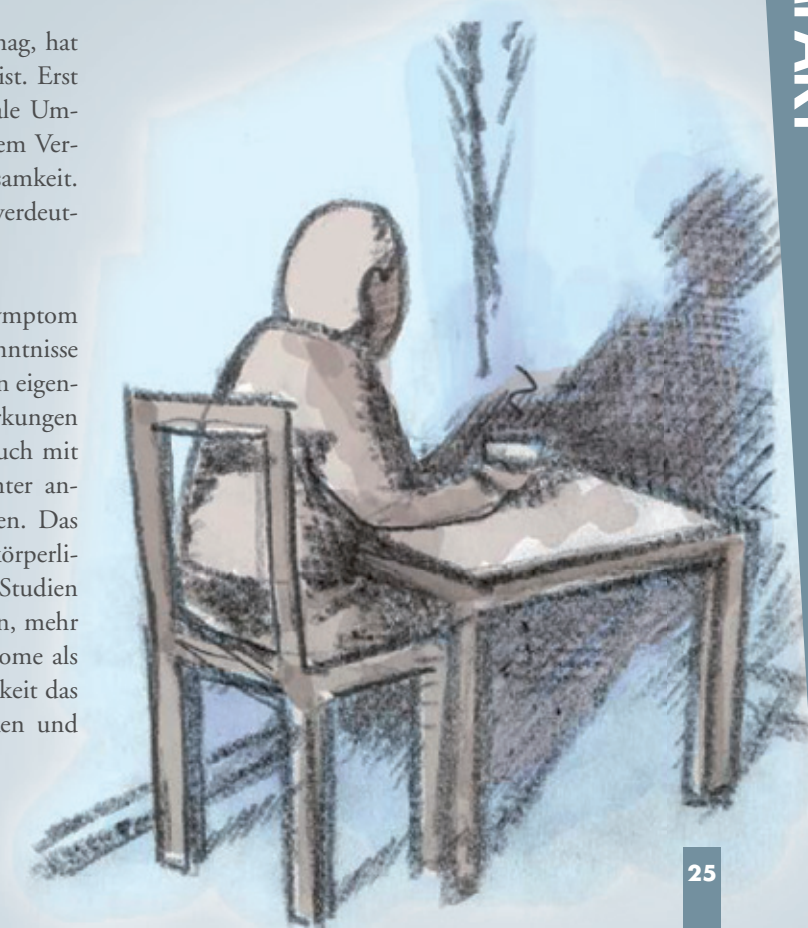
Das Leiden an Einsamkeit wurde lange als bloßes Symptom von psychischen Störungen aufgefasst. Neue Erkenntnisse zeigen aber, dass es sich bei der „Einsamkeit“ um ein eigenständiges Leiden handelt – mit gravierenden Auswirkungen auf die Gesundheit. Demnach kann Einsamkeit auch mit mehr psychischen Erkrankungen einhergehen, unter anderem Depressionen, Angst- und Zwangsstörungen. Das Gefühl sozialer Isolation bedingt auch konkrete körperliche Auswirkungen und kann sogar krankmachen. Studien belegen, dass einsame Menschen schlechter schlafen, mehr unter Stress leiden, Schmerzen und andere Symptome als schlimmer wahrnehmen. Zudem schwächt Einsamkeit das Immunsystem, sodass Betroffene leichter erkranken und möglicherweise sogar rascher altern.

Dänemark, das UK, Japan und Australien haben Einsamkeit bereits als ernstes Problem für die öffentliche Gesundheit wahrgenommen, und Staaten versuchen mit diversen Maßnahmen, der traurigen Entwicklung entgegenzuwirken.

Auch hierzulande muss dieses Thema endlich mehr Beachtung finden und so hat die AfD-Fraktion NRW die Einsetzung einer Enquetekommission „Einsamkeit“ zur „Bekämpfung sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen und der daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit“ gefordert.

Dieser Antrag wurde nach zwei Jahren als erster der AfD-Fraktion angenommen: Alle anderen enthielten sich, sodass unsere Stimmen ausreichten (siehe dazu auch „Wie viel Demokratie steckt in den Altparteien wirklich?“ auf den Seiten 10–11). Als Leiter der Enquetekommission nehme ich den Kampf gegen die Einsamkeit in NRW auf.

DR. MARTIN VINCENTZ, MDL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
GESUNDHEITS-, ARBEITS- UND SOZIALPOLITISCHER SPRECHER



DAS TRIPLE A FÜR DIE AfD: AUTOR, ARZT, ABGEORDNETER

IM GESPRÄCH MIT DR. MARTIN VINCENTZ

PORTRÄT

Dr. Martin Vincentz ist in fast jeder Hinsicht der Gegenentwurf zum Bild der AfD, wie es die Medien gerne darstellen: jung, erfolgreich und mit einem Fachwissen, das auch andere im Landtag hinter vorgehaltener Hand bewundern. Sein Hauptbereich ist die Gesundheitspolitik. Als einziger Arzt im Plenum bringt er regelmäßig Anträge und Initiativen ein, die durch seine eigene Praxiserfahrung fundiert und für Etablierte immer schwieriger abzublocken sind. Als er Anfang 2020 empfahl, sich endlich näher mit der wachsenden Einsamkeit vieler Bürger und resultierender Krankheiten zu beschäftigen, folgten ihm die anderen Parteien: Man richtete eine Enquetekommission zum Thema unter seiner Leitung ein.

Vincentz geht also zur Not auch den steinigsten Weg, um zum Ziel zu gelangen


Nicht nur im Parlament kann Herr Vincentz Erfolge vorweisen: Sein Studium der Medizin finanzierte er unter anderem als Kinderbuchautor. Das Florett schwingt er nicht erst seit 2017 im Parlament, denn er war in jungen Jahren erfolgreicher Fechter. Der Krefelder hat immer hart für seinen Erfolg gearbeitet, davon zeugt nicht nur sein Dokortitel.

Als zunächst kein Verlag sein erstes Buch drucken wollte, nahm er an zahlreichen „Poetry Slam“-Wettbewerben teil, bei denen das originellste Gedicht gewinnt. Schließlich wurde sein erstes Buch verlegt. Vincentz geht also zur Not auch den steinigsten Weg, um zum Ziel zu gelangen.

Im Landtag wird Martin Vincentz parteiübergreifend für sein gewinnendes Wesen geschätzt. Trifft man ihn auf dem Flur, nimmt er sich gern ein paar Minuten für einen kurzen Austausch, berichtet von seiner Arbeit, hat dabei immer ein offenes Ohr für Mitmenschen. Seine aufgeschlossene Art brachte ihm den augenzwinkernden Spitznamen „Dr. Schwiegersohn“ ein. Liebe Eltern, bevor Sie zum Hörer greifen: Seit 2016 ist unser gesundheitspolitischer Sprecher glücklich mit einer Deutsch-Französin verheiratet und seit Dezember 2019 Vater der kleinen Marie.

Was macht so einer in der AfD? – Diese Frage stellt sich unweigerlich, schließlich werden Medien nicht müde zu betonen, es handle sich um eine Partei der zähnefletschenden alten weißen Männer. Darauf angesprochen schmunzelt Herr Vincentz: „Immerhin zwei der vier Kriterien erfülle ich. Ich hatte einfach den Eindruck, dass wir in Deutschland in wesentlichen Politikfeldern weit vom Anspruch einer Innovations- und Industrienation entfernt sind. Ich wünsche mir eine bürgernahe Politik und einen schlanken Staat, der

WEITER ►



„Ich wünsche mir eine bürgernahe Politik und einen schlanken Staat, der sich auf seine Kernaufgaben besinnt und nicht nur Symptome behandelt.“

„Andere Parteien sind häufig zu starr und unbeweglich, die AfD ist jung, dynamisch und zieht kluge Köpfe an.“



Martin Vincentz hat sich nach Studium und Promotion 2019 auf Allgemeinmedizin spezialisiert

sich auf Kernaufgaben besinnt und nicht nur Symptome behandelt. Einen Staat, der häufiger fragt, wo den Leuten der Schuh drückt. Andere Parteien sind häufig zu starr und unbeweglich, die AfD ist jung, dynamisch und zieht kluge Köpfe an.“

Martin Vincentz denkt freiheitlich-konservativ und wünscht sich gerade für Clan-Hochburgen wie Essen, dass gleiches Recht für alle gilt: „Der Rechtsstaat muss seine Glaubwürdigkeit wiedererlangen. Gesetze gelten nicht nur dort, wo ein Kaufmann seinen Golf über drei Minuten ins eingeschränkte Halteverbot stellt. Sie müssen auch Anwendung finden, wenn ein Clanchef den Ferrari auf dem Rasen vorm Sozialamt parkt.“

Zu seinem Fachbereich: „Unser Gesundheitswesen muss dem Anspruch, Weltspitze zu sein, auch weiter Rechnung tragen.“ Dafür will Dr. Vincentz, dass die Politik schnell reagiert, wenn Innovationen helfen können. Ein Beispiel sind Antibiotika-Schnelltests: „Wenn es möglich ist, 80 % dieser Verschreibungen als nutzlos zu erkennen, dann hat die Politik die Pflicht, schnell zu reagieren. Multiresistente Keime sind ein ernstes Problem, auch ohne Schlagzeilen.“

„Man darf den gleichen Fehler nicht immer wieder machen.“

Das Thema Corona rückte seinen Fachbereich 2020 plötzlich in den öffentlichen Fokus. „Von der plötzlichen Brisanz war ich wie alle anderen überrascht“, bekennt Dr. Vincentz. Dabei sind bei aller Vorsicht stets die Bürgerrechte im Blick

zu behalten: „Man darf den gleichen Fehler nicht immer wieder machen. Die aktuelle pauschale Lockdown-Politik ist ein unerhörter Eingriff in die bürgerlichen Freiheiten. Unternehmer und Angestellte, die sich während der Lockerung diszipliniert an Vorgaben hielten, werden nun mit Betätigungsverboten in den Ruin geschickt. Dabei weiß die Regierung genau, dass hochregulierte Bereiche wie Restaurants keine Pandemie-Treiber sind.“

Auch jenseits der aktuellen Corona-Problematik werden viele gesundheitliche Themen vernachlässigt. Dr. Vincentz, der Vorsitzende der Enquetekommission zum Thema Einsamkeit und Auswirkungen auf die Gesundheit, sieht große Gefahren: „Ältere oder alleinlebende Menschen, die häufig eh schon wenig Kontakte haben, werden nun völlig abgeschottet. Einsamkeit ist ein unterschätztes Problem. Das scheint die Regierung jedoch momentan wenig zu kümmern. Umso wichtiger, dass dies nun in einer Enquete behandelt wird.“

Martin Vincentz will sich also weiter allgemein der Verbesserung des deutschen Gesundheitswesens widmen. Die tiefenscharfen Diskussionen, die man mit ihm auf diesem Feld führen kann, veranschaulichen: Die AfD-Fraktion NRW gibt im Landesparlament all jenen eine Stimme, die sich von der Politik Transparenz, Ehrlichkeit und Bodenständigkeit wünschen.

MAXIMILIAN KNELLER

FOTOS: TIM BEUTER

NRW – STAUSEENLAND



Stauseen entstehen durch das Stauen eines Fließgewässers mit einer Talsperre und kommen seit über 100 Jahren in Nordrhein-Westfalen vor. 1891 entstand die erste deutsche Trinkwassertalsperre durch Stauung des Eschbachs bei Remscheid. Inzwischen verfügt unser Land bundesweit über die meisten Talsperren. Nicht nur ihre Anzahl, sondern auch ihre Größe macht NRW zum Spitzenreiter mit 65 Talsperren ab 300.000 m³. Ihre grundsätzliche Funktion liegt in der Trinkwasserversorgung und in der Regelung von Wasserständen zur Vermeidung von Hochwasser oder zum Ausgleich in Trockenzeiten. Sie stellen auch einen Anziehungspunkt für Freizeitvergnügen dar. Neben den weitläufigen Wasserbecken zum Schwimmen, Angeln und Segeln bieten die Ufer und umliegenden Wälder Erholung in der Natur.

Betrieben werden Talsperren überwiegend durch Körperschaften des öffentlichen Rechts und Stadtwerke. Sie sind einer steten Fachkontrolle mit diversen Messeinrichtungen unterworfen, werden mit dem technischen Fortschritt wei-

terentwickelt und sind damit im Grunde nie fertiggestellt. Dies ist auch notwendig, um einen effektiven Schutz der umliegenden Landschaft und Bevölkerung zu gewährleisten.

Denn die Wassermassen sind nicht zu unterschätzen. So umfasst der 1965 fertiggestellte Biggensee im Kreis Olpe, einer der größten Stauseen Deutschlands, einen Stauinhalt von über 170 Millionen Kubikmetern auf einer Fläche von 8,76 km². Um solche Massen anstauen zu können, mussten 2550 Menschen in drei neue Ortschaften umgesiedelt werden. Der Hauptzweck des Biggesees besteht in der Regulierung der Ruhr und der Wasserversorgung des Ruhrgebiets. Zudem erzeugen drei Francis-Turbinen jährlich ca. 22 Millionen Kilowattstunden Strom. Damit könnte man etwa 1,5 Milliarden Tassen Kaffee kochen oder 230.000 Energiesparlampen durchgehend brennen lassen.

Neben solchen technischen Erwägungen entwickelte sich der Biggensee mit der Zeit zu einem Magnet für touristische Aktivitäten mit Wassersportangeboten wie Segeln, Paddeln,



BLICK AUF DIE LISTERTALSPERRE, DIE BIGGETALSPERRE UND DEN BIGGESEE

QUELLE: IMAGEBROKER/ALAMY STOCK FOTO



BIGGESEE – QUELLE: KUTTIG-TRAVEL/ALAMY STOCK FOTO

Angeln oder Tauchen. Um den See herum bildete sich eine komplette Infrastruktur mit Wander- und Radwegen, Badestellen, Schifffahrt, Gastronomie und Zeltplätzen, die das Naherholungsgebiet ergänzen. So hat der Stausee für alle Generationen und Anlässe etwas zu bieten.

Die Urftalsperre im Kreis Euskirchen ist Teil des Nationalparks Eifel im Südwesten von NRW. Die 58,5 m hohe und 226 m lange Staumauer wurde 1905 fertiggestellt und staut seitdem die Urft zu einem 2,16 km² großen Stausee auf. Otto Intze entwickelte dafür eine so genannte Gewichtstaumauer, die aufgrund ihres eigenen Gewichtes steht. Diese bis 1912 höchste Staumauer Europas hatte Modellcharakter für viele Projekte im In- und Ausland.

Seitdem erlebte die Talsperre eine bewegte Geschichte. Trotzte sie noch den Luftangriffen der Alliierten, spreng-

ten deutsche Truppen sie am 10. Februar 1945, um flussabwärts ein Hochwasser zu erzeugen, das die Flussaue verschlammte und den Vormarsch erschweren sollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Stausee Teil des belgischen Truppenübungsplatzes Vogelsang und damit der Öffentlichkeit unzugänglich. Erst nach Abzug des Militärs Ende 2005 wurde der See ein Kernstück des Nationalparks Eifel und bietet seitdem Erholung mit malerischen Rad- und Wanderwegen. Das Baden und Befahren ist jedoch gemäß der Nationalpark-Verordnung nicht erlaubt.

So vereinen Talsperren und ihre Stauseen verschiedenste Eigenschaften und Funktionen in sich. Diese monumentalen Bauten bieten Hochwasserschutz, Wasser- und Stromversorgung, aber auch Erholungsgebiete und sind allemal einen Ausflug wert.

FELIX CASSEL



STAUMAUER DER URFTTALSPERRE, NATIONALPARK EIFEL – QUELLE: IMAGO/JOCHEN TACK

LEBENSMITTEL MÜSSEN BEZAHLBAR BLEIBEN

Wie uns die Altparteien das Essen teurer machen

Die kostengünstige Versorgung der breiten Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln ist eine unserer größten zivilisatorischen Errungenschaften.

Noch im letzten Jahrhundert litten wir in Deutschland unter großen Hungersnöten, etwa dem Steckrübenwinter 1916/17 und dem Hungerwinter 1946/47. Nach Schätzungen von Historikern starben damals hunderttausend Menschen in Deutschland an den Folgen von Hunger und Kälte. Unsere Vergangenheit sollte uns Mahnung sein, die heutige Lebensmittelversorgung nicht als Selbstverständlichkeit zu betrachten.

Während weite Teile der Welt immer noch unter enormer Unterversorgung leiden (laut UNICEF fast 700 Millionen Hungernde!), breitet sich in Deutschland eine gefährliche links-grüne Ideologie aus. Diese Ideologen kritisieren, dass unsere Lebensmittel zu billig wären – wir Deutsche müssten angeblich mehr dafür ausgeben. Weil wir das in den Augen der Ideologen nicht tun, müssen wir dazu gezwungen werden. Diese Ideologie ist gefährlich, weil sie die Grundfesten unseres Wohlstandes angreift. Erst mit der Befriedigung unserer Grundbedürfnisse haben wir die Freiheit, in andere Produktions- und Konsumgüter investieren zu können, wofür uns viele Menschen auf der Welt so sehr beneiden.

Unsere Landwirte müssen immer strengere Auflagen im nationalen Alleingang erfüllen

Doch die links-grüne Ideologie ist mittlerweile bis weit in konservativ-bürgerliche Kreise vorgedrungen. Immer mehr vorgeblich konservative oder liberale Politiker der Merkel-Ära leben in anderen Lebenswirklichkeiten. Sie überziehen unser Land immer mehr mit Vorschriften und verteuern die Lebensmittelproduktion entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Das fängt bei unserer heimischen Landwirtschaft an. Unsere Landwirte müssen immer strengere Auflagen im nationalen Alleingang erfüllen, obwohl die deutschen Umwelt- und Tierschutzstandards im internationalen Vergleich ohnehin am weitesten gehen. Wer das nicht glaubt, braucht nur einen Blick auf die Tierhaltung in den Ländern an der EU-Außengrenze zu werfen.

Mit der geplanten Einführung einer bundesweiten Fleischsteuer werden alle Fleischwaren, ob nun konventionell oder biologisch erzeugt, bewusst verteuert. Tierethische Gründe stehen dabei nur scheinbar im Vordergrund. Tierschutz wird hier nicht für die Tiere, sondern für die Staatskasse gemacht – ganz einfach.



SYMBOLBILD - DIE KARTOFFLESSENER, VINCENT VAN GOGH, 1885 – REALISMUS/ÖL AUF LEINWAND, QUELLE: PAINTING/ALAMY STOCK FOTO

Für uns ist die kostengünstige Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln keine liberale Narretei, sondern der Grundpfeiler unseres Wohlstandes. Unsere Politik orientiert sich dabei an den Zielen der Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit als urkonservative Prinzipien. Wir wollen uns weniger von den Importen aus Ländern mit geringeren Umwelt- und Tierschutzstandards abhängig machen. Falls möglich, sollten die Verbraucher auf regional erzeugte Lebensmittel zurückgreifen können.

Einfach nur Lebensmittel aus ideologischen Gründen zu verteuern, gibt es mit uns jedoch nicht!

DR. CHRISTIAN BLEX, M.D.L.
LANDWIRTSCHAFTSPOLITISCHER SPRECHER

UNSERE LOKALRADIOS IN NRW GARANTEN DER INFORMATIONSFREIHEIT?

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“ So steht es im Artikel 5 des Grundgesetzes. Meinungsvielfalt sollte also uns allen garantiert sein. Aber ist das wirklich so? Welche Rolle spielt das Radio als Garant für Informationsvielfalt und welche das Internet?

Das Radio ist ein ständiger Begleiter im Alltag – wenn auch weniger als früher: Heute hören noch ca. 11 Millionen Radio in NRW. Die Menschen lieben ihr Radio, ob einen der WDR-Sender oder ihre private Station vor Ort. Jeder Bürger kennt wohl neben den Sendern des „Staatsfunks“ noch sein Lokalradio: Radio Köln, Radio Kiepenkerl und wie sie alle heißen.

Die Altparteien berufen sich bei Diskussionen rund um Rundfunk und Meinungsvielfalt immer gern auf die 44 privaten Radiostationen in NRW. Was sie dabei verschweigen: Die meisten Bürger können nur auf ein Lokalradio zurückgreifen. Sie haben die „Wahlmöglichkeit“ zwischen öffentlich-rechtlichen Sendern und einer privaten Station. Radiovielfalt sieht anders aus!

Das Hohelied der Informationsvielfalt wird noch dünner, wenn man sich der Tatsache bewusst wird, dass diese privaten Radiostationen den Großteil ihres Radioprogramms nicht selbst produzieren, sondern bis zu 18 Stunden Musik und Nachrichten vom landesweiten Monopolisten Radio NRW übernehmen. Alles mit dem Segen der Politik.

Die Privatradios sind meist im Besitz diverser Zeitungsverlage und Kommunen. So gehört Radio Köln zum Hauptteil dem Zeitungsmonopolisten DuMont (Express, Rundschau, Stadtanzeiger) und den Kölner Stadtwerken – ergo der Regierenden Bürgermeisterin. Radio Herne gehört der Funke Mediengruppe (WAZ) und indirekt dem SPD-Oberbürgermeister der Stadt. Die Bielefelder hören ein privates Radio, das über Verlagsbeteiligungen der SPD gehört. Die Hälfte der 44 Lokalradios hat auf diese Weise die Funke-Mediengruppe von CDU-Minister Holthoff-Pförtner oder die SPD

als Miteigentümer. Die meisten anderen Lokalradios gehören dem DuMont-Verlag, der Verlagsholding der Rheinischen Post aus Düsseldorf und einigen kleineren Verlagen – und fast alle zu 25 % der jeweiligen Kommune.

Mit der Informationsvielfalt im Radio ist es also nicht so weit her. Der Radiohörer kann im Grunde nur zwischen Sendern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder der Großverlage wählen.

Kann diese verkrustete Struktur in mehr Vielfalt in der Radiolandschaft umgewandelt werden? Durchaus, das Internet macht es möglich. Wo sonst nur eine begrenzte Anzahl von Frequenzen (und Kabelkanälen) zur Verfügung stand, die zwischen den Verlagen und dem WDR aufgeteilt wurden, bieten sich nun Anbietern und Zuhörern fast unbegrenzte Möglichkeiten. Diese Entwicklung ist nicht neu und wird womöglich zu einem Niedergang vieler Lokalradiosender führen: Die Studie der Landesmedienanstalt „Zukunft des Hörfunks in Nordrhein-Westfalen 2028“ prognostizierte 2018: In einem wahrscheinlichen Szenario wird das UKW-Radio ebenso wie die digitale Sackgasse DAB+ massiv an Bedeutung verlieren und durch Streamingangebote ersetzt werden. Schon jetzt liegt Spotify laut dem Medienmagazin DWDL auf Platz 5 der am meisten gehörten Programme in NRW, mit zweistelligen Zuwachsraten.

Die Werbeeinnahmen als Geschäftsgrundlage der privaten Radios und Verlage werden weiter sinken. Das von Politik, WDR und Verlagen festgezurte Informationsoligopol wird erst an Bedeutung verlieren und letztendlich durch die Anbieter Vielfalt im Internet marginalisiert werden. Das, was die herkömmliche Politik scheinbar nicht lösen kann und jedenfalls nicht lösen will, ist dank der freiheitlichen Struktur des Internets möglich geworden: Wirkliche Freiheit bei der Auswahl von Informationsquellen sowie die Freiheit, selbst Informationen über seine Heimat oder seine Interessen zu senden.

SVEN W. TRITSCHLER, M.D.L.
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
KOMMUNAL-, EUROPA- UND MEDIENPOLITISCHER SPRECHER

BRÜCKENNOTSTAND:

Die tatsächliche Lage in NRW

Die Verkehrsinfrastruktur in NRW ist eine gigantische „Baustelle“. Unsere großen Brücken stellen mit das größte Risiko für einen Verkehrsinfarkt dar.

Beim weitgehenden oder totalen Ausfall einer oder mehrerer der großen Rheinbrücken, wie im Fall der Leverkusener Brücke, drohen massive volkswirtschaftliche Schäden. Statt auf teure und ineffiziente Prestigeprojekte der von den Grünen getriebenen Altparteien sollten wir unsere begrenzten Mittel auf die Knotenpunkte konzentrieren, vornehmlich die großen Brücken.

In NRW gibt es ungefähr 10.000 Straßenbrücken in Bundes- und Landesbesitz:

- **3.927 Autobahnbrücken**
(seit 2021 in Verantwortung der Autobahn GmbH)
- **2.557 an Bundesstraßen**
- **3.810 an Landesstraßen**
- **272 an Kreisstraßen**

Hinzu kommen 12.000 Brücken in kommunaler Hand.

Brücken haben eine vorgesehene Nutzungsdauer von 100 Jahren. Unsere Brücken an Autobahnen sind durchschnittlich erst 38 Jahre alt, die an Landstraßen 42 Jahre, und 30 % der kommunalen Brücken sind über 50 Jahre alt. Sie sind aber chronisch überlastet und schon jetzt oft marode. Der für die Schäden hauptsächlich verantwortliche Güterverkehr nahm in NRW zwischen 1980 und 2017 um 63 % zu.

Besonders die vor 1985 gebauten Brücken sind für die heutigen Anforderungen bezüglich Verkehrsaufkommen und Tragfähigkeit nicht ausgelegt. Bei der Leverkusener Autobahnbrücke war die Belastung vor der endgültigen Sperrung für LKW über 3,5 t im Jahr 2014 mit 120.000 Fahrzeugen (14.000 LKW) dreimal so hoch wie geplant.

Von den erwähnten 10.000 Straßenbrücken in NRW wurden etwa 6.600 vor 1985 errichtet. 2019 musste das Verkehrsministerium in seiner Antwort auf eine Anfrage der AfD-Fraktion zugeben, dass von diesen Brücken zum damaligen Zeitpunkt erst 920 diesbezüglich überprüft waren. Davon wiesen 573 nicht die notwendigen Tragfähigkeiten auf und müssen ersetzt werden. Allein für diese 573 Brücken schätzte das Verkehrsministerium NRW die Instandsetzungskosten auf ca. 7 Milliarden Euro.

Der schlechte Zustand unserer Straßenbrücken hat Folgen. Das zeigt Straßen.NRW mit seinen Top 10 der Autobahnbaustellen mit dem größten Staupotential für 2021: Bei allen 10 sind Brückenbauarbeiten maßgeblicher oder alleiniger Bestandteil der Baumaßnahmen.

Bei den bundesweit zirka 25.000 Bahnbrücken sieht es nicht besser aus. 2017 kam heraus, dass die DB Netz AG das Alter vieler Brücken bundesweit lange zu gering angesetzt hatte. Die Folge: Etwa die Hälfte der Bahnbrücken „alterte“ 2017 über Nacht um 16,4 Jahre. Insgesamt waren sie damit 2018 im Schnitt 73,5 Jahre alt. 1.250 der Überführungen galten als marode und müssen ersetzt werden. Auch in NRW sind von den 4.369 Bahnbrücken 1.547 über hundert Jahre alt.

Die Kosten steigen voraussichtlich auf das Doppelte

Zwischen 2015 und 2019 hat die DB Netz AG nun 3,4 Milliarden Euro für Brückeninstandsetzungen bzw. Ersatzbauwerke bereitgestellt. Sie wollte bundesweit 875 Brücken umfassend modernisieren und hat bis Ende 2019 nach ei-

genen Angaben sogar 900 geschafft. Weitere 2000 Brücken sollen in den 2020er Jahren folgen.

Die erste Leverkusener Autobahnbrücke wurde 1962 begonnen und war schon 3,5 Jahre später fertig. Die erste Ersatzbrücke wird jetzt nach zirka 6 Jahren fertig, die zweite Teilbrücke 4 Jahre später. Die Kosten steigen voraussichtlich auf das Doppelte.

Fazit: Wie bei den Wasserstraßen die Schleusen sind im Straßennetz die großen Brücken unsere Achillesfersen. Schon ein weitgehender Ausfall wie bei der Leverkusener Brücke beschert uns einen volkswirtschaftlichen Schaden von durchschnittlich 1 Million Euro täglich. Da man ja unbedingt billigste Stahlbauteile aus China einsetzen musste, die dann auch die zu erwartenden Mängel aufwiesen, können wir uns auf viele Jahre der Bauverzögerung einrichten. Die Leverkusener Brücke reiht sich nahtlos in die Reihe der großen Skandale Stuttgart 21, Elbphilharmonie und Berliner Flughafen BER ein.

NIC VOGEL, M.D.L.
VERKEHRSPOLITISCHER SPRECHER

KURZ NOTIERT

FREIE FERIE FÜR FREIE BÜRGER

Viele Bürger haben über die Coronabeschränkungen wortwörtlich mit den Füßen (und Schlitten) abgestimmt und fuhrten ins Sauerland oder in die Eifel. Die Ferienvermietung ist aber weiterhin aufgrund der Verordnungen verboten – ohne Belege, dass ein Ferienhaus ein höheres Risiko als die eigene Wohnung darstellt.

Die AfD-Fraktion setzte sich mit einem Antrag dafür ein, das Vermietungsverbot aufzuheben. Alle anderen haben leider wie erwartet nicht zugestimmt.

ROGER BECKAMP

ABSCHIEBUNG VON GEFÄHRDERTEN NACH SYRIEN – EINE MEDIALE NEBELKERZE?

Die Innenministerkonferenz kippte Ende 2020 den generellen Abschiebestopp von Gefährderten nach Syrien. Zur Umsetzung braucht es Zusicherungen für faire, die Menschenrechte achtende Verfahren und Strafen.

Anders als der Bundesinnenminister, der eine Einzelfallprüfung vorschlägt, schließt NRW-Integrationsminister Stamp Verhandlungen mit dem Assad-Regime aus und prognostizierte bereits kurz nach der Konferenz genau Null abgeschobene Gefährderte bis Mitte 2021. Wir halten beides für falsch.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY

PFLANZENZUCHT DER ZUKUNFT

Vor 10.000 Jahren wurde der Mensch sesshaft, betrieb Ackerbau und Viehzucht. Seitdem werden neue Sorten durch Kreuzung gezüchtet. Neue gentechnische Verfahren beenden das Gen-Roulette – und wir brauchen neue Regeln. Produkte müssen stärker nach den Gefahren statt dem Herstellungsverfahren beurteilt werden. Nur so können wir dem Gesundheits- und Umweltschutz auch in Zukunft gerecht werden.

DR. CHRISTIAN BLEX

60 KG DIESEL ODER 3.900 KG E-BATTERIE?

Wussten Sie schon, dass 72 Liter Diesel (60 kg) so viel Energie enthalten wie 3.900 kg moderner Lithium-Ionen-Batterien?

CHRISTIAN LOOSE

EFAHRRÄDER UND E-FAHRZEUGE DOCH NICHT „EMISSIONSFREI“!

Laut OECD begründet der Zuwachs der E-Fahrzeuge einen Feinstaubanstieg: „Auspuffabgase als Hauptverursacher“ werden vom höheren Abrieb von Reifen, Bremsen und Fahrbahn abgelöst. Denn E-Autos wiegen durch schwere Akkus mehr als Verbrenner. Zudem produzieren Fahrräder mit ihren Bremsen zehnmal so viel Luftteilchen wie ein moderner Dieselmotor. Weitere Verschärfungen der Grenzwerte könnten auch sie hart treffen.

NIC VOGEL

EU WILL KOMPLETTES BLEIVERBOT

Die EU setzt ihren ideologischen Kreuzzug gegen Jäger und Sportschützen fort! Bis 2023 soll der Handel mit und die Verwendung von bleihaltiger Munition für den zivilen Bereich verboten werden. Dadurch wird nur ein Scheinproblem bekämpft, da moderne Geschosse so ummantelt sind, dass sie kein Blei an die Umwelt abgeben. Alternativen zum Blei existieren nicht! Das ist ein Verbot der Jagd und des Schießsports durch die Hintertür.

Als AfD werden wir uns vehement gegen diesen Blödsinn wehren.

ANDREAS KEITH

MIT 18 KISTEN WASSER IM KOFFERRAUM AUTO FAHREN?

Der Mercedes C 300 de schafft mit seiner E-Batterie in der Praxis rund 40 km. Den Rest geht es dann weiter mit dem Diesel-Motor. Die Batterie wiegt 300 kg und muss mittransportiert werden. Das sind so viel wie 18 volle Kisten Wasser in Glasflaschen.

CHRISTIAN LOOSE

CHRISTENFEINDLICHE ANGRIFE NEHMEN ZU

Die Straftaten gegen christliche Einrichtungen und Symbole haben in den letzten Jahren rasant zugenommen. Das Ausmaß der Brutalität ist erschütternd, die Aufklärung lässt sehr zu wünschen übrig: Von knapp 1200 Angriffen seit 2018 konnten nur 176 aufgeklärt werden – und davon soll nur ein Teil christenfeindliche Motive haben. Was soll das denn sonst sein, wenn nicht christenfeindlich?

IRIS DWORECK-DANIELOWSKI

FLAGGE ZEIGEN

Die Altparteien im nordrhein-westfälischen Landtag haben sich geschlossen für ein Verbot der Reichskriegsflagge ausgesprochen. Die Begründung: Sie sei rechtsradikal. Das ist de facto nicht nur falsch, sondern auch ein Eigentor. Unter SPD-Urgestein und Reichspräsident Friedrich Ebert – nach dem bis heute die parteinahe Stiftung benannt ist – war eine Variante der Reichskriegsflagge nämlich ein offizielles Symbol der demokratischen Weimarer Republik.

SVEN W. TRITSCHLER

GRUNDRECHTE INTERESSIEREN NICHT

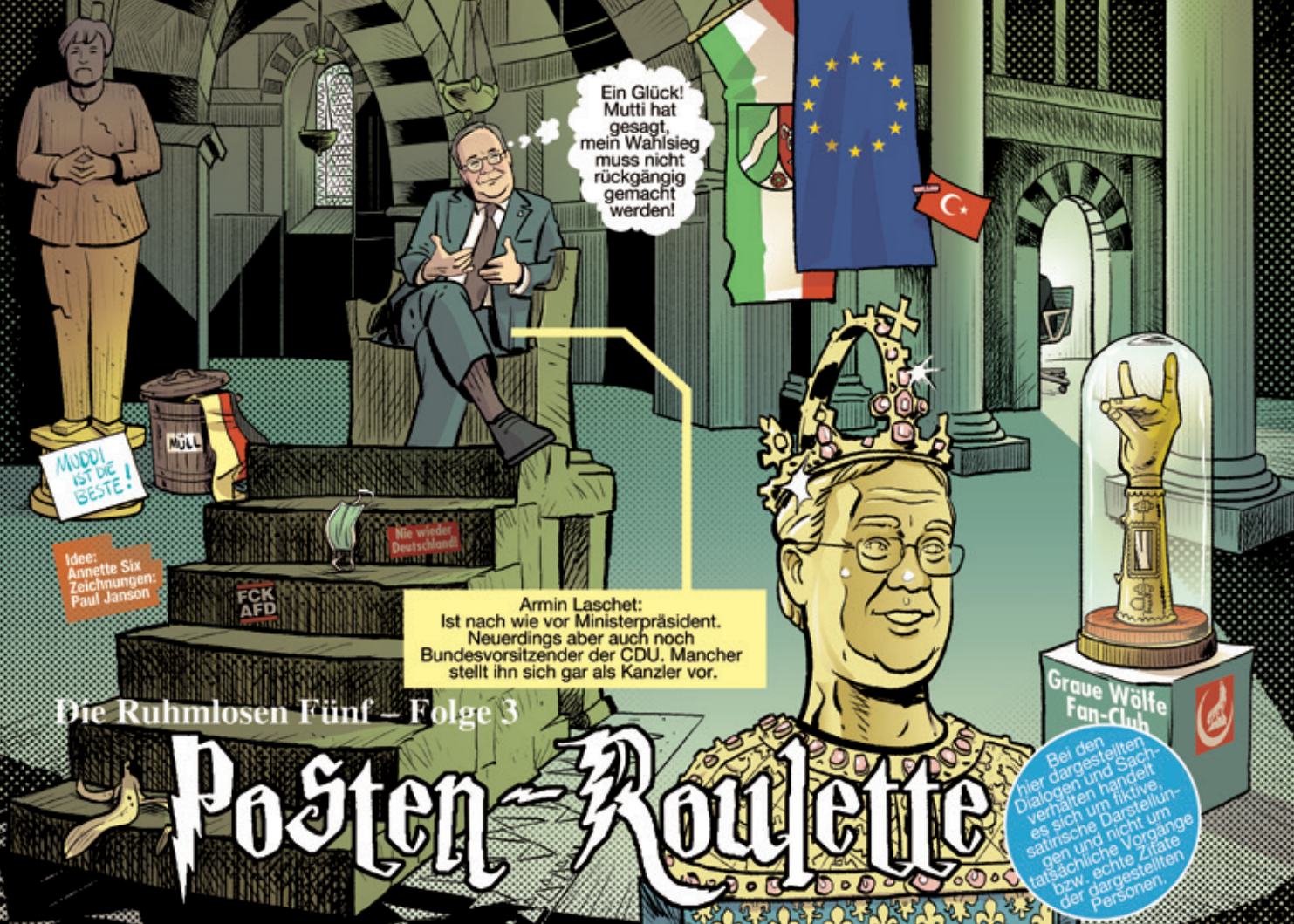
Am 11.01.2021 sprach das Amtsgericht Weimar einen Beschuldigten vom Verstoß gegen die Thüringer Coronaschutzverordnung frei. Der Amtsrichter erklärte die Verordnung für verfassungswidrig, da sie gegen die Menschenwürde verstoße und die normierten Maßnahmen unverhältnismäßig sei. Wir beantragten zu diesem richtungsweisenden Urteil eine Aktuelle Stunde, da in NRW ähnliche Vorschriften gelten. Dies wurde abgelehnt.

THOMAS RÖCKEMANN

EXPERTE BEFÜRWORTET KLEINEREN LANDTAG

Mitte Januar fand die Anhörung des AfD-Gesetzentwurfes zur Verkleinerung des Landtages im Hauptausschuss statt. Der Staatsrechtslehrer Prof. Elicker befürwortet den Entwurf: „Von daher ist es konsequent, zunächst diese Sollgröße als Mindestzahl der Abgeordneten von vornherein nach unten zu schieben, wie es der Entwurf tut. [...] Der vielleicht wichtigste Punkt für eine effektive Herabsetzung ist die Verringerung der Zahl der Wahlkreise in Kombination mit einem geänderten Verhältnis von Direktabgeordneten und Listenabgeordneten.“

HERBERT STROTEBECK



Ein Glück! Mutti hat gesagt, mein Wahlsieg muss nicht rückgängig gemacht werden!

Armin Laschet: Ist nach wie vor Ministerpräsident. Neuerdings aber auch noch Bundesvorsitzender der CDU. Mancher stellt ihn sich gar als Kanzler vor.

Grave Wölfe Fan-Club
Bei den hier dargestellten Dialogen und Sachverhalten handelt es sich um fiktive, satirische Darstellungen und nicht um tatsächliche Vorgänge bzw. echte Zitate der dargestellten Personen.

Die Ruhmlosen Fünf – Folge 3

Posten-Roulette

Idee: Annette Six
Zeichnungen: Paul Janson



Thomas Kutschky: Als Fraktionsvorsitzender der abgehängten SPD-Fraktion unterfordert. Will daher Landesvorsitzender der SPD werden und ihr Spitzenkandidat für die nächste Landtagswahl.

Verena Schäffer: Mittlerweile eine*r der Fraktionsvorsitzenden der Grünen. Fordert eine harte Linke gegen Rechte.

Joachim Stamp: Ist immer noch Laschets treuer Vize. Und er ist sich sicher, dass er gebraucht wird, egal von wem und wofür.

Carina Gödecke: Hat früher schon immer das Klassenbuch geführt und ihre Mitschüler verpetzt (munkelt man). Fühlt sich auf dem Präsidentenstuhl am wohlsten.

Weiß jemand, was mit dem Armin los ist?

Ach, seit er CDU-Vorsitzender ist, denkt er nur noch an die Kanzlerkandidatur.



Der Ministerpräsidentenstuhl ist ihm wohl jetzt eine Nummer zu klein.

Potztausend, es knarrt im Gebäck meiner Ahnherren!

Ich habe während des Lockdowns wohl etwas zugelegt!



Für mich wäre die Größe gerade richtig!

Pruuuust!



Der nächste Ministerpräsident werde selbstverständlich ich sein. Nordrhein-Westfalen gehört sowieso der SPD!



Klasse! Dann werde ich wieder Landtagspräsidentin!

Nur die AfD nervt!



Aber die kann ich rügen – auch für nix.

He he he!

He he he!



Die kann man gar nicht genug rügen! Ständig meckern die rum.



Ja genau. Diese doofen Rechtspopulist*innen und Mittelstandsverteher*innen. Bürgerliche Spießer*innen, die von Weltsozialismus keine Ahnung haben! Looser*innen, die nicht erkannt haben, dass China das neue politische Prinzip ist.

Oh...?



So ist es! Schaut her, ich zerreiße eine AfD-Fahne! Nichts ist wichtiger als der Kampf gegen rechts!

Ey Mann, Schäffer! Du hast nicht die AfD-Fahne zerrissen, sondern deine Corona-Maske!



Ach, ist doch egal! Schwamm drüber!

... äh, wo war ich stehen geblieben? Und die Klimarettung! Ich bin sicher: Die Zukunft ist GRÜN! Grün, Grün über alles! Oder so ähnlich.



Und die Ministerpräsident*in wird auf jeden Fall wieder eine Quotenfrau*in sein!

Josefine... oder ICH!



Ein grüner Ministerpräsident? Wir sind doch nicht in Baden-Württemberg!



hach... Kanzler!

Bundeskanzler! Aber in meinem Herzen wird Angie immer Kanzler bleiben!

Seufz!



Mir ist ganz egal, mit wem die FDP regiert. Ich werde auf jeden Fall wieder Stellvertreter*in.

ENDE

„KEINER FÄLLT INS BERGFREIE“ – Bergleute siegen auch in zweiter Instanz!

Gute Nachrichten im Dezember letzten Jahres: Die Bergleute von Prosper-Haniel siegten vor dem Landesarbeitsgericht. Die Kündigungen der Ruhrkohle AG sind nach Ansicht des Gerichts unrechtmäßig.

Damit konnten die Bergleute einen weiteren Etappensieg im langen Kampf um ihre Arbeitsplätze erzielen. Ende 2018 hatte die RAG rund 200 Mitarbeitern gekündigt und das Versprechen der Politik, dass „kein Bergmann ins Bergfreie falle“, mit Füßen getreten.

Die Bergleute gaben nicht auf und demonstrierten in Brüssel, Berlin und Düsseldorf. Die AfD nahm sich dem Problem mit einem Antrag im Sommer 2019 an und forderte die Landesregierung zum Handeln auf. Doch die Regierung wie auch die RAG (Aufsichtsratschefin Hannelore Kraft) blieben stur und ließen die Bergleute fallen.

Deshalb freuen wir uns über diesen Sieg vor Gericht!

KÄMPFT WEITER, GLÜCK AUF!

CHRISTIAN LOOSE

WERTSCHÄTZUNG für ehrenamtliche Einsatzkräfte

Den Grundstock des Brand- und Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen bilden die ehrenamtlichen Einsatzkräfte in den Feuerwehren und anerkannten Hilfsorganisationen. Das Ehrenamt wird jedoch durch die demografische Entwicklung und globalisierte Arbeitswelt immer mehr herausgefordert.

Wir wollen auch in Zukunft auf das Ehrenamt setzen. Wir wollen – leider im Gegensatz zu den alten Parteien – unsere Dankbarkeit durch eine völlig neue Anerkennungskultur zum Ausdruck bringen: die Stiftung eines neuen Feuerwehr-Ehrenzeichens und die Auszahlung einer gestaffelten Wertschätzungsprämie für alle ehrenamtlichen Einsatzkräfte ab dem 15. Dienstjahr: je 1.000 Euro für 10 Jahre aktiven Dienst.

Wir wollen den unschätzbaren Dienst dieser Menschen für unser Land auf diese Weise sowohl monetär als auch ideell anerkennen. Verdient haben sie es schon lange.

MARKUS WAGNER

Impressum

5. Ausgabe: Frühjahr 2021

Herausgeber: AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Andreas Keith, Parl. Geschäftsführer
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Mail: blickwinkel@afd-fraktion.nrw
Tel. / Fax: 0211 884 - 4542 - 0211 884 - 3182
Internet: www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (V.i.S.d.P., Anschrift siehe Fraktionsadresse)

Autoren: Roger Beckamp, Dr. Christian Blex, Felix Cassel, Iris Dworeck-Danielowski, Andreas Keith, Maximilian Kneller, Christian Loose, Thomas Röckemann, Helmut Seifen, Herbert Strotebeck, Sven W. Tritschler, Dr. Martin Vincenz, Nic Vogel, Markus Wagner, Gabriele Walger-Demolsky

Illustrationen: Robert Gorny, Götz Wiedenroth u. a.

Bild- und Grafiknachweise:

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Landtagsfraktion NRW.

Ausgenommen:

Seite 6: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Matthias Schrader, Medien-Nr.: 229795824
Seite 7: IMAGO/photothek, Bild-Nr.: 0078468208
Seite 12: picture-alliance/akg-images, Medien-Nr.: 3250094
Seite 13: PAINTING/Alamy Stock Foto, Bild-ID: D6M61N (RM)
Seite 17: IMAGO/JeanMW, Bild-Nr.: 0104103582
IMAGO/Future Image, Bild-Nr.: 102095784
Seite 23: IMAGO/ITAR-TASS, Bild-Nr.: 0106834068
Seite 24: IMAGO/Jochen Tack, Bild-Nr.: 0108451115
Seite 30: Kuttig – Travel/Alamy Stock Foto, Bild-ID: ENK9WA (RM)
Seite 31: imageBROKER/Alamy Stock Foto, Bild-ID: RA4ED8 (RM),
Fotograf: Hans Blosssey
Seite 32: Kuttig – Travel/Alamy Stock Foto, Bild-ID: PG914T (RM)
IMAGO/Jochen Tack, Bild-Nr.: 0102149943
Seite 33: PAINTING/Alamy Stock Foto, Bild-ID: ED8TBJ (RM)
Seite 34: ClassicStock/Alamy Stock Foto, Fotograf: H. Armstrong Roberts,
Bild-ID: AAN0WM (RM) - Originalfoto bearbeitet/verfremdet
Seite 36/37: IMAGO/Jochen Tack, Bild-Nr.: 0063495121

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Alle Rechte vorbehalten!

Druckauflage: 18.000

»SPORTLICH. OFFENSIV. RECHTES
TTLICH. OFFENSIV. RECHTES MITTELFELD.«
OFFENSIV. RECHTES MITTELFELD.«

ALS FREIHEITLICHE UND
KONSERVATIVE JUGEND
HABEN WIR UNS
ZUSAMMENGEFUNDEN,
UNSER LAND ZUM BESSEREN
ZU VERÄNDERN. WAS WIR
TUN, TUN WIR MIT GANZER
LEIDENSCHAFT. AUF UND
NEBEN DEM PLATZ.

WIR BILDEN UNS, UM DIE
LINKSPOPULISTISCHEN
LEBENS LÜGEN ZU ERKENNEN.
WIR GLAUBEN NICHT, DASS DER
ZEITGEIST UNÜBERWINDBAR IST.

WIR HABEN ABENTEUERLICHE HERZEN.

**DU AUCH?
DANN KOMM ZU UNS!**

ODER UNTERSTÜTZE UNS MIT EINER SPENDE:
IBAN: DE46 4455 0045 0006 0720 29
BIC: WELADED1ISL



JUNGE ALTERNATIVE NRW

JUNGE ALTERNATIVE NORDRHEIN-WESTFALEN, FELIX A. CASSEL, GLADBECKER STRASSE 5, 40472 DÜSSELDORF



JA, ICH WILL DEN NEUEN **BLICKWINKEL**

SIE MÖCHTEN UNSER KOSTENLOSES MAGAZIN
BLICKWINKEL ABONNIEREN UND IN ZUKUNFT
PORTOFREI NACH HAUSE GESCHICKT BEKOMMEN?

Nichts einfacher als das. Füllen Sie dazu die beiliegende Postkarte
aus und senden Sie sie an uns zurück.



Sie können unser Magazin auch online abonnieren. Der nebenstehende
QR-Code führt Sie direkt auf die Anmeldeseite: afd-fraktion.nrw/blickwinkel